

**Landesbibliothek Oldenburg**

**Digitalisierung von Drucken**

**Oldenburgische Volkszeitung  
1918**

294 (20.12.1918)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-88142](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-88142)

# Oldenburgische Volkszeitung

## Tageszeitung für das Herzogtum Oldenburg.

Die Oldenburgische Volkszeitung (Wochblatt, Dämmer Nachrichten), Zentralorgan, erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis vierteljährlich 3.45 Mark, durch die Post frei ins Haus 3.87 Mark; zweimonatlich 2.30 Mark, durch die Post frei ins Haus 2.88 Mark; einmonatlich 1.15 Mark, durch die Post frei ins Haus 1.29 Mark. (Eingekammern 10 Pf. Probenummern acht Tage gratis und franco.)



Der Anzeigenpreis beträgt bei Anzeigen aus dem Herzogtum 27 Pfennig für die einfache Zeitspalte oder deren Raum, bei solchen aus anderen Gegenden 25 Pfennig, für die Reklamazeile 75 Pf. Bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Annahme bis 9 Uhr vormittags. Größere Anzeigen sind stets tags zuvor einzuliefern. Telephonische Anzeigenannahme schließt jedes Reklamationsrecht aus.

Beilagen: Wochensblatt für Land- und Hauswirtschaft (Mittwochs), Heideblumen (Freitags).

(Das Wochensblatt für Land- und Hauswirtschaft wird während der Kriegszeit nicht beigelegt.)

Nr. 204. Fernsprecher: Redaktion (5), Geschäftsstelle Nr. 5. Postfachkonto: Hannover 7908. Besta, Freitag, 20. Dezember 1918. Zweiggeschäftsst. i. Oldenburg: W. Davelmann, Altiernstraße 51, Fernspr. 1032. 85. Jahrgang

### Das neue Deutschland.

#### Von der Reichskonferenz der A.-S.-R.

(Fortsetzung unseres gestrigen telegraph. Berichtes.) Im Schlusswort führt Richard Müller aus: Wir haben geglaubt, die Revolution geführt zu haben und haben in diesem Sinne gearbeitet. Wer den richtigen Weg gegangen ist, wird die Zukunft zeigen.

Im Schlusswort führt der Volksbeauftragte Dittmann aus: Der Einzug der Truppen in Berlin wurde gestattet, nachdem festgestellt war, daß die Truppen zu keinem gegenrevolutionären Zweck bereit wären.

Die eingegangenen Forderungen wurden einstimmig von dem Kabinett beschlossen. Die Nationalversammlung ist das große Ziel. Die Kleinlichkeiten müssen ausgeklammert werden.

Nach persönlichen Bemerkungen Mittagspause. In der Nachmittagspause hat sich vor dem Abgeordnetenhaus ebenfalls eine ungeheure Menschenmenge versammelt. Liebesfest hält wieder seine bekannten Bräutereien.

Bei Beginn der Nachmittagsführung schreibt Präsident Weiser zur Aufklärung verschiedener Punkte. Abgeleitet wird ein Ministeriumswort, durch das erklärt werden sollte, daß die Tätigkeit der Volksbeauftragten auf eine systematische Verwaltung der A.S.R. hinausläufe. Ein Antrag auf Auflösung der A.S.R. hinausläufe. Ein Antrag auf Auflösung der A.S.R. hinausläufe.

Ein Antrag auf baldige Erwirkung der Befreiung der deutschen Kriegsgefangenen wird einstimmig angenommen. Ein weiterer Antrag verlangt die Regierungsgewalt für die Volksbeauftragten in Gemeinschaft mit dem Zentralrat; er wird angenommen. Ein anderer Antrag verpflichtet die A.S.R. zu genauer Rechnungsablegung. Ein Gegenantrag, daß der Kongreß die politische Gewalt zu übernehmen habe, wird abgelehnt.

Die Abstimmung der Anträge ruft wieder eine scharfe Auseinandersetzung zwischen dem Präsidenten und Ledebour hervor, bis ihn Weiser mit der lakonischen Bemerkung abfertigt, daß die Regierung zur Geschäftsordnung überhaupt nichts zu sagen habe. Ledebour geht mit einem „Unglaublich“ auf seinen Platz zurück.

Volksbeauftragter Haase berichtet über Sommerberatungen, nach denen die Oberkommandogewalt nicht einem obersten Soldatenrat, sondern der Regierung übertragen werden müsse.

Haase teilt mit, daß auch die Marinebehörden den Wunsch haben, die Mannschaften so schnell wie möglich zu entlassen. Lediglich die Matrosen werden einbehalten, die zum Schutze der Volkswirtschaft unbedingt notwendig sind.

Der Redner schildert dann die Tätigkeit des 53er Ausschusses beim Marineamt. Die wichtigsten Angelegenheiten seien verschleppt worden, u. a. auch die Waffenstillstandsbedingungen zur See. Hier seien durchgreifende Änderungen nötig.

Ein anderer Redner aus Kiel kritisiert im Namen der Offizierskassen die Tätigkeit des 53er Ausschusses. Bisher sei vom Reichsmarineamt kein feinerlei Initiativ ausgegangen. Der Redner mahnt zur Einigkeit und verdammt die Kleinigkeiten persönlichen und parteiischen Kraxelpens.

Nach die Offizierskassen treten nicht für resignative Begeisterung der Offiziere ein. Man brauche ihren Rat und Wissen und könne nicht einen beliebigen Mann in ein Amt setzen, das Kenntnis und Verantwortungsgesinnung fordert. Die Soldatenräte sollen Kontrollfunktionen nicht, nicht ausübende Organe. Ehrlichkeit und Zielbewußtheit würden am schnellsten zum Ziele führen.

Es wird dann zur Förderung der von den Soldatenvertretern Berlins eingebrachten Forderungen geschritten. Diese Forderungen werden angenommen. Die Demonstration vom gestrigen Abend hat also einen vollen Erfolg gehabt. Nach der Abtimmung kommt es abends zu erwiderten Geschäftsbesprechungen, die oftmals alle pastenartigen Formen durchbrechen.

Der 53er Ausschuß der Marine soll nach einem nahezu einstimmigen Beschluß vermindert werden. Nach dem Wählch der Mandatsprüfungskommission wurde die Sitzung auf Donnerstag verlagert.

#### Der Terror auf der Reichskonferenz.

Berlin, 18. Dez. Die Berliner Versammlung steht, wie die Abstimmungen, die am späten Abend nach vorgenommen werden, darthun, offensichtlich unter dem Zeichen des Terrors. Die von radikaler Seite eingebrachten Anträge werden fast durchweg, auch von den Mehrheitsparlamenten, angenommen.

Wo das nicht der Fall ist, rufen die Spartakusanhänger: „Wir werden uns selber helfen!“

#### Vor dem Bankrott der Regierung.

TU Berlin, 18. Dez. Die Auseinandersetzung zwischen einzelnen Volksbeauftragten hat, wie verlautet, dazu geführt, daß für die Mitternachtsstunde ein Kabinettsrat einberufen wurde, um darüber zu beraten, ob die Mehrheitsparlamenten in der Regierung bestimmte Folgerungen aus den Ereignissen ziehen sollen.

TU Berlin, 18. Dez. Wie in den Reihen der Kongreßteilnehmer verlautet, sind die Regierungsmitglieder der Mehrheitsparlamenten namentlich entschlossen, von ihrem Votum zurückzutreten, wenn nicht in der Haltung des Kongresses eine Aenderung eintritt.

#### Die Geschäftsuntüchtigkeit

der jetzigen Revolutionsregierung beleuchtet der Reichstagsabg. v. Redenberger in einer Zentralversammlung in Magdeburg. Bei der augenblicklichen Finanzwirtschaft würde die Grobberliner 400000 M. erfordern. Täglich verließen Geldscheine im Werte von 10000000 M. die Notenpresse etc. Durch berartige Zustände werde nicht nur das Vertrauen des Auslandes erschüttert, sondern auch die Sicherheit der Kriegsanleihen und aller ausländischen Wertpapiere in Frage gestellt.

Die neue Regierung ist weiter gar nicht in der Lage, die Lebensmittellieferung sicher zu stellen, da schließlich irgend ein A.S.R. die auf Schiffen ankommandierten Vorräte würde beschlagnahmen können. Die Nationalversammlung sei darum dringend nötig, um wieder Ordnung zu schaffen.

#### Die Ablehnung der A.S.R. durch die Entente.

WTB Berlin, 18. Dez. Gegenüber den vereinigten laut gewordenen Zweifeln an der bekannt gewordenen ablehnenden Aufnahme der Entente gegenüber den Arbeiter- und Soldatenräten geben wir die folgende von der Waffenstillstandskommission stammende ausführliche Darstellung des Sachverhalts:

Am 12. Dezember traf in Trier bei der deutschen Waffenstillstandskommission folgendes Telegramm ein: „Staatssekretär Erpberger, deutsche Waffenstillstandskommission, Trier. Der A.S.R. Kreuznach dröhrt: Ist für die feindlichen Parteien begünstigt, in diesen Tagen zu bestehenden Gebiete ungehinderte Ausreise und Rückkehrfähigkeit zu der am 16. Dezember 1918 in Berlin stattfindenden Tagung der A.S.R. zu entsendenden Delegierten gewährleistet? Eine direkte umgehende Antwort ist erwünscht.“

Im Anbetracht der hohen Bedeutung dieser Anfrage beauftragte der Vorsitzende der deutschen Waffenstillstandskommission, Staatssekretär Erpberger, ein Mitglied der Kommission, sich sofort mit dem Oberkommando der Alliierten in Trier ins Benehmen zu setzen, um eine Entscheidung der wichtigsten Frage umgehend herbeizuführen. Es fand eine Besprechung zwischen den Vertretern des alliierten Oberkommandos statt, als deren Ergebnis Staatssekretär Erpberger mitgeteilt wurde, daß die Entente unter keinen Umständen die Arbeiter- und Soldatenräte anerkenne. Darauf wurde von der Waffenstillstandskommission folgendes Telegramm an das Auswärtige Amt aufgeschickt:

„Auswärtiges Amt, Berlin. Der A.S.R. Kreuznach fragt an, ob für die von Feinde besetzten Gebiete ungehinderte Ausreise- und Rückkehrmöglichkeit der zur Berliner Tagung am 16. Dezember zu entsendenden Delegierten gewährleistet würde. Auf eine Anfrage bei der Obersten Herstellungsleitung der Alliierten ist erwidert, daß die Entente die den A.S.R. nicht anerkenne.“

Dieses Telegramm wurde zunächst aber nicht abgeleitet, da Staatssekretär Erpberger als Vorsitzender der deutschen Waffenstillstandskommission sich mit dem Bescheide seitens eines Vertreters der Obersten Herstellungsleitung der Alliierten nicht begnügen, sondern bei der Wichtigkeit der Frage die Entscheidung aus Jungs eigener Munde hören wollte. Gelegenheit hierzu gab die zweite Sitzung der deutschen Delegierten mit Marschall Foch am 13. Dezember. Staatssekretär Erpberger brachte am Schluß derselben an Hand und auf Grund eines Schreibens des Vertreters des alliierten Oberkommandos über das am Vortage aufgeschickte Telegramm die Angelegenheit zur Sprache und fragte an, ob der Bescheid, wie er in dem Telegramm vorlag, tatsächlich der Auffassung Marschall Fochs

und somit der Alliierten entspreche. Marschall Foch wurde das Telegramm in deutscher und französischer Sprache vorgelegt. Schon bei dem Vorlesen der ersten Anfrage des Marschall Foch seine ablehnende Stellungnahme zu erkennen. Zu dem Bescheide erklärte er ausdrücklich, daß dieser Bescheid seines Vertriebers seiner und der Alliierten Auffassung entspreche. Der englische Admiral Bessy gab seinerseits sofort seiner Übereinstimmung mit Foch durch eine Bemerkung Ausdruck. Damit war eine völlig kompetente Antwort in der Angelegenheit vorhanden. Kamte die Ablehnung der Arbeiter- und Soldatenräte in Kiel durch den englischen Admiral ebenfalls noch als Privatmeinung desselben betrachtet werden, so steht jetzt fest, daß die Entente als solche die A.S.R. nicht anerkennt.

#### Adolf Hoffmann und die Jugendberziehung.

Das Prädikament von einem Kultusminister, das die Revolution dem preussischen Volke befehrt hat, kann nicht genug ausgekostet werden, um aller Welt ein Gefühl dafür beizubringen, was in einer deutschen Revolution nicht alles möglich ist. Zur Kennzeichnung der schönen Seele Adolf Hoffmann ist aber sicherlich niemand mehr geeignet als er selbst, und darum war es ein guter Gedanke, die von ihm im preussischen Abgeordnetenhaus gehaltenen Reden zum Kultusamt aus der wohlverdienten Vergessenheit wieder ans Tageslicht heraus zu holen. Dieser Aufgabe hat sich die Oberlehrerin Helene Heimann unterzogen, die ein kleines, im Verlage der „Germania“, W.G., Berlin, erschienenen Schriftchen über „Adolf Hoffmann und die Jugendberziehung, dargestellt nach seinen Reden“ erschienen läßt. A. Hoffmann bestritt uns in seinen Reden, die nicht in dem gesprochenenwunderbaren Deutsch, auf das er so stolz ist, wiedergegeben sind, daß der Sozialismus „nur fürs Leben“, d. h. für das diesseits erziehen will, daß er „Moral“ und „Menschenrechte“ lehren aber ausschalten will, jede Religion, die Menschenrechte mit ihren Bedürfnissen, Rechten und Pflichten. Unter Leugnung des Zusammenhanges von Religion und Moral predigt er die religionslose Staatschule und verweigert den Eltern trotz der von ihm gepriesenen „Freiheit“ das Recht zur Errichtung von Privatschulen, unterläßt auch der Kirche jeden Einfluß auf die Schule. Die Verfasserin zeigt auch, was von den stinkenden Schlagworten „Freiheit“ und „freie Wahl dem Tüchtigen“ zu halten ist. Das Schriftchen gehört in sehr viele Hände, und wenn es auch Geschichtsliebende Adolf Hoffmanns enthält, so ist es doch wirklich keine Empfehlung dieser Sorte von Kultusministern.

#### Der Vorstand des katholischen Lehrerverbandes des Deutschen Reiches.

24000 Mitglieder, der erneut seine Forderungen auf dem Schulgebiet aufgestellt und ist dabei mit aller Bestimmtheit für die Erhaltung des christlichen Charakters der Schule eingetreten. Er fordert: Die Grundzüge des gesamten Schulwesens ist die konfessionelle Freiheit. Die verfassungsmäßig garantierte Freiheit der Erziehung und des Unterrichts, sowie das Recht der Eltern, über Erziehung und Unterricht ihrer Kinder selbst zu bestimmen, müssen voll gewahrt bleiben; ihrer praktischen Anwendung ist jede Möglichkeit zu geben. Aus öffentlichen Mitteln sind konfessionelle Schulen in hinreichendem Maße zur Verfügung zu stellen und zu unterhalten. Das Recht der Kirche auf Erteilung und Leitung des Religionsunterrichts ist unverletzlich; ihr berechtigter Einfluß auf die sittlich religiöse Erziehung des Kindes ist zu gewährleisten. Bei dem inneren Ausbau der Schule ist dem Religionsunterricht seine bedeutungsvolle und zentrale Stellung zu belassen. — Gegenüber den religiös-feindlichen Maßnahmen der preussischen Regierung erklärt der katholische Lehrerverband: Wir erheben scharfen Einspruch gegen Beschlüsse, die den christlichen Charakter der Schule und den christlichen Gedanken im Volke zerstreuen. Wir wünschen die Staat- und Kirche- und Schule trennen wollen. Wir wünschen es ohne Rücksicht, daß sie erfolgen von einer vorläufigen Regierung in einer Zeit, da die gesellschaftliche Vertretung des Volkes ausgeklammert ist. Wie als Katholiken und Lehrer, so protestieren wir ferner dagegen als Bürger eines demokratischen Staates, weil die einschneidenden Verfügungen erlassen und weitreichende Pläne gefaßt sind, ohne daß die zuständigen Faktoren irgendeine Einigkeit hatten, Stellung zu nehmen. Dieser klare eingeschlossene Standpunkt des katholischen Lehrerverbandes wird in allen Kreisen der katholischen Lehrerschaft und des katholischen Volkstums finden.

#### Souffige Nachrichten.

Arbeitslose gibt es in Berlin zur Zeit 60 bis 70000. Die Zahl steigt noch dauernd. Ein bedenkliches Zeichen!

Der A.S.R. Frankfurt, der eine Beschlagnahme von Nahrungsmitteln in Privatwohnungen verweigert hat, gibt jetzt dem A.S.R. Dresden den guten Rat, eine solche Maßnahme zu unterlassen, da sie in Frankfurt nur geringen Erfolg gehabt habe.

#### Zum Waffenstillstand.

#### Der Streit um Wilsons Seele.

Ul. Genf, 17. Dez. Ueber die Stimmung, die in französischen Arbeiterkreisen herrscht, gibt ein Artikel Marcel Sembats in der Humanité Auskunft, der, obwohl er vor der Ankunft Wilsons geschrieben ist, erst jetzt bekannt wird. In dem Artikel heißt es: Man will Wilson in eine Falle locken, man will verhindern, daß die Stimme des französischen Volkes im Reichthum der sozialistischen Gruppen und Gewerkschaften erheben dem Ruf: Es lebe der wahre Frieden! Es lebe die Gesellschaft der Nationen! Auf der anderen Seite bietet die französische Regierung alles auf, um dem Präsidenten Wilson beizubringen, daß das Lebensinteresse des französischen Volkes Amerikern verleihe. Diese bösen Absichten werden aber scheitern. Wilson weiß was er will, und wir werden ihm folgen, was wir wollen, trotz Clemenceau. Wir werden so laut und so lange rufen, bis man uns hört. Es wird noch werden, und den Mund zu verschließen, noch dem Präsidenten den Mund zu verstopfen. Wilson wird den Sieg über unsere Diplomaten davon tragen, und nicht andere Diplomaten über ihn. Wilson wird, geküßt auf das Verlangen der Völker, den wahren Frieden erringen.

Ul. Bern, 17. Dez. Den französischen Blättern zufolge sammelte sich am Sonnabend nachmittags in Paris auf den äußeren Boulevard und auf dem Montmartre eine Gruppe von Kriegsveteranen zu einem Umzug, der sich unter dem Namen: „Es lebe die deutsche Republik“ in Bern ausführen sollte. Fußgänger verletzten die Mannschaften mehrmals und ihnen die mitgeführten Schilder zu entreißen, von denen einige die Aufschrift trugen: „Es lebe Wilson!“ „Es lebe der Frieden!“ Die Manifestanten verhielten sich wiederholt, auf Umwegen auch über den inneren Boulevard zu der Wohnung Wilsons zu gelangen. In der Nähe der Thore gelang es ihnen, die Polizeipost durchzubrechen, sie wurden aber von der republikanischen Garde vor der Wohnung Wilsons zurückgehalten. Immer wieder bildeten sie eine Zug, der schließlich gegen Abend zum Place de la Republique zog, wo die Teilnehmer unter Rufen: „Es lebe der Frieden!“ wieder demonstrieren. Sie stießen hier auf Truppen, Polizei und republikanischer Garde, die äußerst energisch und brutal vorgehen und viele Verhaftungen vornahmen. Mehrere Personen wurden verletzt. Ein ausführlicher Bericht im Progres de Lyon wurde von der Zensur gestrichen. Humanité beschwert sich über das scharfe Vorgehen der Polizei.

Ul. Genf, 17. Dez. Die Pariser Sozialisten berichten, Wilson habe nach seiner letzten Unterredung mit dem Sozialistenführer Renaudel den Wunsch ausgesprochen, vom Vatikan aus die Kundgebung der Arbeiterverbände mit anzusehen. Doch habe wegen der mittlerweile eingetretenen letzten Zusammenkünfte zwischen der „Soch die deutsche Republik!“ rufenden Menge und den Polizeigenossen kein Wunsch erfüllt bleiben können. Die Namen der zahlreichen schwer Verletzten werde veröffentlicht.

#### Die grundlegenden Forderungen Amerikas.

TU Haag, 18. Dez. „Daily News“ melden, daß die grundlegenden Forderungen der amerikanischen Delegation auf der Friedenskonferenz folgende seien: 1. Der Völkerbund als Teil des Friedensvertrages, 2. Die Freiheit der Meere soll einen der wichtigsten Grundzüge bilden, die der Völkerbund festlegen hat, 3. die amerikanische Vertretung soll die gerechten Ansprüche gegen Deutschland festsetzen und die Verhandlungen vertragen geführt werden, sollen die letzten Verhandlungen öffentlich sein, 3. sollen die Friedensverträge als Vertreter einer neuen Weltordnung.

...aber nicht als Herren dieser Weltordnung erscheinen.

Jede andere Haltung würde einen Frieden bedeuten, der fast zuträglich ist, als dem dann wieder neue Kriege entstehen können.

Wie verhalten sich die amerikanischen Delegierten dafür, Deutschland in den Völkerbund aufzunehmen, wenn auch unter der Bedingung einer Probezeit. Es wird von einem jenseitig ausgearbeiteten Programm Lloyd Georges, Clemenceaus und Orlando gesprochen.

TU. Basel, 18. Dez. Vor seiner Abreise von New York gab Wilson mehreren Mitgliedern des Senatsausschusses Einblick in seinen Entwurf eines Völkerbundes.

Die amerikanischen Universitäten für den Völkerbund.

TU. Basel, 18. Dez. Aus New York wird gemeldet: Die Forderung eines Völkerbundes als Hauptbestandteil des Friedensvertrages habe die Unterstützung der meisten Universitäten und Hochschulen Amerikas.

Die MSR. in der neutralen Zone.

TU. Frankfurt, 18. Dez. Nach einer Mitteilung der Obersten Heeresleitung hat der Verband sich das Kontrollrecht in der neutralen Zone vorbehalten.

Eine Fälligkeit der Savas-Agentur.

TU. Basel, 18. Dez. Das Genfer Blatt 'La Gazette' beschäftigt Savas einer Fälligkeit des Gemisses der Worte des Präsidenten Wilson an die Arbeitervertreter.

Spannung zwischen Wilson u. Clemenceau?

TU. Basel, 18. Dez. Aus Paris wird gemeldet: Nach einem Besuch im Rathenau kehrt Wilson nach seinem Spiel zurück und besucht dann Clemenceau am Ministerium.

Falsche Berichte über Gefangenennahmehandlung.

TU. Berlin, 18. Dez. Der amerikanische General Hobbes teilte in der Waffenstillstandskommission mit, daß nach einem sechsen aus Berlin eingelaufenen Bericht amerikanischer Delegierter die in einer früheren Sitzung der Waffenstillstandskommission vorgebrachten Behauptungen über eine Mißhandlung amerikanischer Gefangener in Karlsruhe unbegründet seien.

Das unbefristete Recht der Kontrolle.

Berlin, 17. Dez. In der heutigen Vollziehung der ständigen Waffenstillstandskommission in Spa wurde eine Entscheidung des Generals Foch mitgeteilt, wonach das Verbot des Vertriebes rechtsrheinischer Zeitungen im besetzten Gebiet aufrecht erhalten wird.

Sonstige Nachrichten.

Wilson hat eine Unterredung mit Briand, dem französischen Sozialistenführer, den er ausdrücklich zu sprechen verlangte.

Aus Portugal.

Sibodio Paes ein Opfer eines Komplottes der Freimaurer.

TU. Basel, 18. Dez. Nach einer Savas-Meldung sind den Vätern aus Spanien gemeldet: Die Polizei besitzt Beweise dafür, daß das Ministerium

auf den Präsidenten Sibodio Paes auf ein Komplott der Demokraten und Freimaurer zurückzuführen ist.

Italien.

Die italienischen Sozialisten für das Selbstbestimmungsrecht der Völker.

TU. Basel, 18. Dez. Aus Rom wird gemeldet: Die sozialistische Parteiführung nahm nach fünfjähriger Beratung die Beschlüsse an, nach denen mit festem Nachdruck das Selbstbestimmungsrecht der Völker gefordert wird.

Finnland.

Finnlands Dankbarkeit für Deutschland.

Helsingfors, 17. Dez. Anlässlich der Abreise der letzten deutschen Truppen haben alle Väter die große Dankbarkeit Finnlands für Deutschland hervor.

Amerika.

Für die Unabhängigkeit Irlands.

TU. Basel, 18. Dez. Nach einer Meldung aus Washington brachte im Ausschuss des Nationalen Senats der Abg. Callahan eine Resolution ein, nach der für Irland die Unabhängigkeit gefordert wird.

Verschiedene Nachrichten

Mangel im Elsaß.

M. Jülich, 18. Dez. Die 'Neue Züricher Zeitung' meldet aus Oberelsaß, daß dort großer Kartoffelmangel herrscht, der von der französischen Regierung nicht behoben werden kann.

Zur Internierung Madenensens.

TU. Wien, 18. Dez. Zu der Meldung über die Internierung von Teilen der Madenenser-Armee kann hinzugefügt werden, daß Madenens, bei seinem in Budapest persönlich überbrachten Protest, von Vertretern des Soldatenrates und des Ministeriums geradezu brutal behandelt wurde.

Kleine Nachrichten.

Die Erfurter Konferenz der deutschen Eisenbahnverwaltungen soll beschlossen haben, die Gütertarife um weitere 60 Proz. zu erhöhen.

Deutsches Reich.

Rom Grafen Herling.

M. München, 17. Dez. Die München-Münchener Abendzeitung hat bespottet, der ehe-

malige Reichsminister Graf Herling gebende in den allernächsten Tagen mit einer ausführlichen Rechtfertigung seiner Politik vor die Deffentlichkeit zu treten.

Die Wirkungen der Schulreformen.

M. Köln, 18. Dez. Die 'Köln. Z.' meldet aus Düsseldorf: Nicht nur die katholische Presse des Industriegebietes, sondern auch die evangelischen Gemeinden erheben in überfüllten Versammlungen Einspruch gegen die Eingriffe des derzeitigen preussischen Kultusministeriums in den Religionsunterricht in den Schulen.

Aufhebung der geistlichen Schulaufsicht.

M. München, 18. Dez. (Zamantion) In Bayern wird am 1. Januar die geistliche Schulaufsicht aufgehoben.

Staatssekretär Erzberger über den Völkerbund.

Berlin, 17. Dez. Heute abend ist hier eine Liga für den Völkerbund gegründet worden. Staatssekretär Erzberger führte als Einberufer und Leiter der Versammlung aus: Der Völkerbund hat den Gedanken des Völkerbundes aus einer literarischen Idee zu einer weltpolitischen Forderung gemacht.

Spanien vor dem Bruch mit Deutschland?

WTB. Berlin, 18. Dez. Die spanische Regierung hat dem Auswärtigen Amt mitgeteilt, daß Vostschafter Prinz Ratibor, Legationssekretär von Stobor, Militärattaché Major Kalle und Marineattaché Kapitänleutnant Stessen nicht mehr persona grata seien.

Spanien vor dem Bruch mit Deutschland?

WTB. Berlin, 18. Dez. Die spanische Regierung hat dem Auswärtigen Amt mitgeteilt, daß Vostschafter Prinz Ratibor, Legationssekretär von Stobor, Militärattaché Major Kalle und Marineattaché Kapitänleutnant Stessen nicht mehr persona grata seien.

Spanien vor dem Bruch mit Deutschland?

WTB. Berlin, 18. Dez. Die spanische Regierung hat dem Auswärtigen Amt mitgeteilt, daß Vostschafter Prinz Ratibor, Legationssekretär von Stobor, Militärattaché Major Kalle und Marineattaché Kapitänleutnant Stessen nicht mehr persona grata seien.

Spanien vor dem Bruch mit Deutschland?

WTB. Berlin, 18. Dez. Die spanische Regierung hat dem Auswärtigen Amt mitgeteilt, daß Vostschafter Prinz Ratibor, Legationssekretär von Stobor, Militärattaché Major Kalle und Marineattaché Kapitänleutnant Stessen nicht mehr persona grata seien.

Soziales.

Der Verband deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegsteilnehmer

entfaltet eine rege sozialpolitische Tätigkeit. Er hat in letzter Zeit eine Anzahl von Eingaben an die zuständigen Regierungsstellen gerichtet, worin die Forderungen der Kriegsbeschädigten und Kriegsteilnehmer geltend gemacht werden.

Das russische Geld für die deutsche Revolution.

WTB. Berlin, 19. Dez. (Drahtf.) In Rostowgen traf die Meldung aus Rußland ein, die die

Nach und Fern.

(Bremen, 18. Dez. Die Verhaftungsaffäre (Verhaftung von 21 Bürgerlichen durch den Soldatenrat) wird noch ein gerichtliches Nachverfahren sein. Der S. A. meinte, daß die Verhafteten brutal behandelt worden seien, daß sie mit Erschießen bedroht worden seien und daß man von ihnen politische Erklärungen zu erpressen gesucht habe.

Neueste Nachrichten.

Die Verhältnisswahl in der Schweiz. WTB Bern, 19. Dez. (Drahtf.) Schweizer Depeschen-Agentur. Der schweizerische Nationalrat hat mit 59 gegen 9 Stimmen das Gesetz über die Verhältnisswahl zum Nationalrat angenommen.

Reise des spanischen Ministerpräsidenten nach Paris.

WTB Madrid, 19. Dez. (Drahtf.) Reuter. Romanones wird heute nach Paris reisen.

Ein Kabinett Bratianski in Rumänien.

WTB London, 19. Dez. (Drahtf.) Reuter erzählt, daß nach einer Bukarester Meldung Bratianski mit der Bildung der neuen Regierung beauftragt wurde.

Das russische Geld für die deutsche Revolution.

WTB Berlin, 19. Dez. (Drahtf.) In Rostowgen traf die Meldung aus Rußland ein, die die

Das russische Geld für die deutsche Revolution.

WTB Berlin, 19. Dez. (Drahtf.) In Rostowgen traf die Meldung aus Rußland ein, die die

Das russische Geld für die deutsche Revolution.

WTB Berlin, 19. Dez. (Drahtf.) In Rostowgen traf die Meldung aus Rußland ein, die die

Das russische Geld für die deutsche Revolution.

WTB Berlin, 19. Dez. (Drahtf.) In Rostowgen traf die Meldung aus Rußland ein, die die

Das russische Geld für die deutsche Revolution.

WTB Berlin, 19. Dez. (Drahtf.) In Rostowgen traf die Meldung aus Rußland ein, die die

Das russische Geld für die deutsche Revolution.

WTB Berlin, 19. Dez. (Drahtf.) In Rostowgen traf die Meldung aus Rußland ein, die die

Das russische Geld für die deutsche Revolution.

WTB Berlin, 19. Dez. (Drahtf.) In Rostowgen traf die Meldung aus Rußland ein, die die

Das russische Geld für die deutsche Revolution.

WTB Berlin, 19. Dez. (Drahtf.) In Rostowgen traf die Meldung aus Rußland ein, die die

Das russische Geld für die deutsche Revolution.

WTB Berlin, 19. Dez. (Drahtf.) In Rostowgen traf die Meldung aus Rußland ein, die die

Das russische Geld für die deutsche Revolution.

WTB Berlin, 19. Dez. (Drahtf.) In Rostowgen traf die Meldung aus Rußland ein, die die

Antwort Joffes auf die Erklärung von Barth und Janse in der Weissenhofenzeit enthält und die Diskussion in scharfer Weise fortsetzt. Joffe behauptet, daß Barth sehr wohl um den Ursprung der durch deutsche Genossen übergebenen Gelder gewußt habe, und nennt sehr hohe Summen, die er dafür der deutschen Revolution zur Verfügung gestellt hätte.

Der Vorwärts schreibt dazu, der öffentliche Zwang der neuen Intriguetät sei, die Reichsleitung durch schwerste Kompromittierung ihrer radikalen Mitglieder, die persönlich unmöglich gemacht werden sollen, zu sprengen.

**Zur Übertragung der Volksgewalt auf die Regierung Ebert-Haacke.**

WTB Berlin, 19. Dez. (Drabth.) Der Vorwärts schreibt: Der Kongreß der A.S.R. hat gestern seine Macht ausgeübt, indem er einen Antrag mit gewaltiger Mehrheit zum Beschluß erhob, bis zur endgültigen Regelung durch die Nationalversammlung die gesamte gesetzgebende und vollziehende Gewalt der Reichsleitung zu übertragen. Dieser Beschluß ist deshalb von so großer Wichtigkeit, weil er geeignet ist, den Uebergang zu stabilisieren, und weil er die Nationalversammlung als die Instanz anerkennt, die berufen ist, die Regierungsgewalt endgültig zu ordnen.

Die „Freiheit“ meint, man würde dahin wirken, daß der 3. Tag der Beratung des Präliminargesetzes ansehnliche positive Arbeit geleistet habe. Hoff-

entlich gelinge es dem Kongreß, in den kommenden Tagen erst recht zu positiven Leistungen zu kommen. Alle Kräfte müßten angepannt werden, den Aufbau der sozialen Republik fest und bestandsfähig zu machen.

**Die Frage der Nationalversammlung auf der Reichskonferenz der A.S.R.**

TU. Berlin, 19. Dez. (Drabth.) Reichskonferenz der A.S.R. Der Hauptreferent C. o. h. n. erinnert unter allgemeiner Spannung an die fräunliche wirtschaftliche Lage Deutschlands und an die tiefen Anfechtungen, die uns in Zukunft bevorzugen und alle Kräfte auf den Plan rufen. Wir müssen uns darauf beschließen, daß wir nicht nur eine ungeheure Schuldenlast abzutragen haben, sondern auch eine riesenhafte Kriegsschädigung zu zahlen haben werden. Aber die Entente wird uns über die Zeit der Not nicht hinweghelfen, wenn wir nicht Ordnung schaffen. Die Entente will und muß die Garantie haben, daß ihre Zuschüsse gerecht und ordnungsmäßig verteilt werden. Der augenblicklichen Desorganisationslage muß ein Ende gesetzt werden, nur dann ist auf Hilfe von außerhalb zu rechnen. Wir werden nur dann zu einer Produktion fähig sein, wenn unser Staatsmechanismus intakt bleibt und den inneren und äußeren Verfall des Reiches verhindert. Nur eine

Zentralgewalt wird in der Lage sein, die auseinanderstrebenden Teile des Reiches wieder aneinander zu heften. Die Zentralgewalt kann nur dann Bestand haben, wenn sie auf dem Willen des gesamten Volkes beruht. Die A. S. R. sind nur ein Teil des Volkes.

Auf den Anschluß der Deutsch-Oesterreicher, ohne die man sich das neue Deutschland nicht denken könnte, sei nur dann zu rechnen, wenn die jetzige Desorganisationslage überwunden ist. Nur die Nationalversammlung werde die Macht darstellen, die zu einer Zusammenfassung der auseinanderstrebenden Teile des Vaterlandes befähigt.

Der Redner erklärt dann die Politik der russischen Bolschewisten, die nichts mit dem Sozialismus zu tun habe, die die sozialen Grundzüge eines Marx geradezu auf den Kopf stelle. Redner hofft dann auf schnelle Einberufung der Nationalversammlung.

**Lebensgefährlicher Zustand der Kaiserin.**

TU. Zürich, 19. Dez. (Drabth.) Einem Havastelegramm der „Neuen Züricher Ztg.“ zufolge wird bestätigt, daß der Zustand der ehemaligen deutschen Kaiserin lebensgefährlich geworden sei, da sich das Herzleiden weiter verschlimmerte.

**Pferde-Verkauf.**

Am Sonnabend, dem 21. Dezember 1918, vormittags 9 Uhr, sowie am Montag, dem 23. Dezember 1918, vormittags 8 1/2 Uhr werden in Wildeshausen, Marktplatz, jedesmal etwa

**100 brauchb. Arbeitspferde,** am Dienstag, dem 24. Dezember 1918, vormittags 8 Uhr, werden in Döllingen ebenfalls

**100 brauchbare Arbeitspferde** öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigert. Bezahlung kann auch in Kriegsanzleihe zum Nennwert erfolgen.

Der Verkauf erfolgt nur an Pferdebesitzer, die einen Dringlichkeitsausweis (Pferdekarte) von der zuständigen Zivilbehörde vorzulegen haben. Besichtigungen sind vom Kauf ausgeschlossen. Galstern oder Sträße sind mitzubringen.

**Feldartill.-Regt. Nr. 59.**

Verantwortlicher Schriftleiter: G. Thole, Wechta. Druck und Verlag: Wechtaer Druckerei und Verlag, G. m. b. H. (U. Sommerfeld, Verleger), Wechta.

**Butter**

kann von morgen ab bei den neuen Verkaufsstellen abgeholt werden.

Wechta, den 19. Dezember 1918.

Stadtmagistrat.

Von heute ab kommt auf Abschnitt 10 der zweiten Warenliste 1/2 Pfd. Kunsthonig oder Wärmelade zur Ausgabe.

Wechta, den 19. Dezember 1918.

Stadtmagistrat.

**Direktion der Strafanstalten.**

Wechta, den 16. Dezember 1918.

Der Teer, der im Laufe des Jahres 1919 in unserer Gasanstalt gewonnen wird, soll verkauft werden.

Gedölte werden bis zum 24. d. M. angenommen.

Z. V.: Landgraf.

**Bekanntmachung.**

Die Milchwagen der Posterei Wechta werden am Montag, dem 23. Dez., nachm. 4 Uhr in der Wirtschaft des Herrn Franz Bume öffentlich mindestdauernd ausverdingen.

Der Vorstand.

**Gemeinde Einlage.**

Die Auszahlung der Gelder für abgelieferte Kerosin erfolgt am Sonntag, dem 22. Dez., auf hiesigem Bahnhof von morgens 9 bis nachmittags um 4 Uhr. Die Gelder sind alsdann prompt abzuholen, auch etwas Kleingeld ist mitzubringen.

Gemeindevorstand.

**Holz-Verkauf**  
in Strohe bei Langförden.

Am Samstag, dem 28. Dezbr. 1918, nachmittags 1 Uhr beginnend,

läßt die Witwe Jellnerin H. Jellner zu Langförden in ihrem Holzbestande in Strohe

**100 Nummern Föhren,**

Eparren und Latten,

**60 Nummern Brennholz u.**

**100 Nummern Eichen,**

Zimmer- und Bohlenholz und Tischplättchen öffentlich meistbietend auf Zahlungsfrist verkaufen.

Käufer laden ein

Wechta. B. Mente.

**Verkaufs-Anzeige.**

Am Montag, dem 23. Dezember,

mittags 12 Uhr anfangend,

läßt der Pächter Aug. Fangmann, Goldorfer Wiesen bei Holdorf

**50 bis 60 Nummern Brennholz,**

**1 Drehschneidmaschine mit Göpel,**

**1 Pflug mit Gestell, 2 gute Kuh-**

**geschirre, 1 Filterfaß, 1 Acker-**

**wagen (6000 Pfd. Tragkraft), eine**

**Bohnen- und Weizenmühle, 1 Wanne,**

**1 Wirtsmaschine, mehrere Tonrohre,**

**2000 Bausteine, 300 Bohnenstän-**

**gen, mehrere Obstbäume** öffentlich meistbietend verkaufen.

Holdorf. B. Johannung.

Gabe mehrere Ladungen prima Erden-Sägemehl für Mauerputz abzugeben. Gebt daselbe auch selbst ab.

Heinz. Lepe, Dinklage.

**Wauschule**

Mastbe. (Oldsb.) Meister- und Polierkurse. Schulbeginn Anfang Jan. Ausführliches Progr. frei.

**Brennholz**

in Kiefern und gemischt, trocken, für Industrie und Privat, auch in Klößen auf Dienlänge geschnitten, liefert sofort waggomweise und in kleinen Posten

**Soj. Warnung.**

Wagenstift 5 Pfd. 8 W., 10 Pfd. 13.50 W., Sedersstift 5 Pfd. 12 W., 10 Pfd. 22 W. geg. Nachm. portofrei. H. Hecht, Leipzig, Kirchstr. 78. (Wertreter gel.)

**2 neue Fahrräder**

mit prima Friedensgummi verkauft

Wechta. D. Behners, Bahnassistent.

**1 Paar langschäftige Stiefel**

zu verkaufen.

Wohring, Dinklage.

**Achtung! Holzschuhe**

nach Maß liefert billigst.

G. F. Wozor, Holzschuhmach., Nieden.

**la Fischmehl**

ab Lager Falkenroth.

D. Schröder, Wechta.

Suche einen gebrauchten, gut erhaltenen

**Rochherd**

zu kaufen.

Angebote unter Nr. 10 an die Geschäftsstelle d. Bl.

1 deutsch. Schäferhund zu verkaufen.

Bremerstraße 91.

Auf dem Wege von Bestrup nach Langförden

**1 woll. Herdedecke** verloren.

Gegen Belohnung abzugeben. Nachfragen in der Geschäftsstelle dieses Blattes.

Gabe einen neuen

**Schweinestall,**

24x9 Meter groß, im Garten oder zum Abbruch zu verkaufen.

Nachfragen bei Hof, Schuhmacher, Dinklage.

Kaufe jeden Posten ausgetämmter

**Frauenhaare.**

Dr. Schöne, Wechta.

**Pferde Verkaufsanzeige**

für Freitag, den 20. Dez., Sonnabend, den 21. Dez., Sonntag, den 22. Dez. und Montag, den 23. Dezember, vormittags 9 Uhr auf dem Pferdemarkt in Döbenuß.

Es kommen an diesen Tagen je ca. 200 Truppenpferde

leichteren und schwereren Schlags zu den bisher bekanntgegebenen Bedingungen zum Verkauf. Vorher den ausgegebenen Pferdeakten ist künftig noch ein von den zuständigen Amtsstellen ausgestellter Ausweis über die Vermögens- sowie sonstigen Verhältnisse des Interessenten erforderlich. Die technischen Schwirrigkeiten machen es notwendig, daß Kriegsangehörige am Sonntag, den 22. Dez., nicht in Jagd gegeben werden können.

Im Auftrage des Garnisonkommandos: Die Pferdeverkaufskommission. Brauer. Thiele.

**Todes-Anzeige.**



Wir erhielten aus Wina (Ungarn) die tieftraurige Nachricht, daß mein unglücklicher Mann, meiner beiden Kinder treusorgender Vater, mein einziger, lieber Sohn, Schwiegerjohn, Schwager und Onkel, der Geseite

**Klemens Nieberding,**

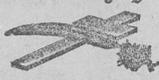
Inhaber des Friedrich-August Kruses, nach kurzer, heftiger Krankheit, versehen mit dem hl. Sterbesakramenten, im Alter von 34 Jahren auf dem Wege zur Heimat gestorben ist, nachdem er von Anfang an alle Strapazen des Krieges mitgemacht hat. Dieses allen Verwandten und Bekannten zur Nachricht mit der Bitte um ein Gebet für den lieben Verstorbenen.

**Die trauernden Angehörigen.**

Wißel, Brodorf, Eilfen, Hüllenermoor bei Walsum, den 19. Dezember 1918.

Das Seelenamt findet statt am Montag, dem 23. Dezember, morgens 1/8 Uhr in der Pfarrkirche zu Walsum, wozu Freunde, Verwandte u. Bekannte hienmit eingeladen werden.

**Todes-Anzeige.**



Gestern schloß sanft nach kurzer Krankheit unter lieber Vater, Schwiegervater und Großvater,

**Ferdinand Wienenga**

im hohen Alter von 79 Jahren.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Oberwachtmeister Oilmanns u. Familie.

Wechta, den 19. Dezember 1918.

Die Beerdigung findet am Montag, dem 23. d. Mis. in Wänden i. W. statt.

**Todes-Anzeige.**



Gott dem Allmächtigen hat es in seinem unerforschlichen Rathschlusse gefallen, heute morgen unsere gute Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Schwester, Schwägerin und Tante, die

**Witwe**

**Maria Katharina Meyer**

geb. Heine Wehrmann,

nach langer, mit großer Geduld ertragener Krankheit, wohl vorbereitet durch einen christlichen Lebenswandel und öfters versehen mit den hl. Sterbesakramenten, im 70. Lebensjahre zu sich in die Ewigkeit zu nehmen.

Um ein andächtiges Gebet für die liebe Verstorbene bitten

**Die trauernden Angehörigen.**

Wünne bei Dinklage, Dingel bei Cappeln, Schwäge bei Dinklage, Kopenhagen, Broddorf bei Wöhne, Harpendorf bei Steinfeld, den 18. Dezember 1918.

Die Beerdigung findet statt am Samstag, dem 21. Dezember, morgens 9 1/2 Uhr in Dinklage, wozu Verwandte und Bekannte eingeladen werden.

Sollte jemand aus Versehen keine besondere Nachricht erhalten haben, so bitten wir dieselbe als solche anzusehen zu wollen.

**Todes-Anzeige.**



Gott der Allmächtige hat heute morgen nach kurzer, heftiger Krankheit unsere liebe Mutter, Schwiegermutter, Großmutter und Schwester, die

**Witwe Zeller Schuling,**

geb. Rosalie Katsmann,

in ein besseres Jenseits abgerufen, nachdem sie mit den Tröstungen unserer heiligen Kirche versehen worden ist. Sie erreichte ein Alter von reichlich 62 Jahren.

Berwandte und Bekannte wollen ihrer im Gebete gedenken.

**Die trauernden Angehörigen.**

Sausfette, Hüne, Schwäge und Warburg, den 16. Dez. 1918.

Die Beerdigung findet statt am Freitag, dem 20. Dez., vormittags um 10 Uhr in Bestrup.

Sin aus dem Felde zurückgekehrt und habe mein

**Auktions- und Rechnungssteller-Geschäft** wieder eröffnet.

**A. Reudink, Cloppenburg.**

Den geehrten Bewohnern von Dinklage zur Nachricht, daß ich vom Militär zurück und mein Geschäft als

**Holzschuhmacher** wieder aufgenommen habe.

Indem ich meinen Kunden prompte, gute und reelle Arbeit zusichere, bitte ich um geneigten Zuspruch.

Wipperfeld bei Dinklage.

**Klemens Eid.**

**Allgemeine Ortskrankenkasse für den Amtsverband Vechta.**

Ausschujversammlung am Freitag, dem 27. Dezember 1918, nachmittags 6 1/2 Uhr, in Meisters Wirtshaus zu Vechta.

Tagesordnung:

1. Wahl des Rechnungsausschusses.
2. Feststellung des Voranschlags pro 1919.
3. Satzungsänderung.
4. Verschiedenes.

Vechta, 1918 Dezember 17.

Der Vorsitzende des Vorstandes:  
R. Hermanns.

**Elektromotor**

10 PS Gleichstrom 110 Volt 1800 Touren, Kupferwicklung fast neu zu verkaufen.

Gebr. Krogmann & Co., Vohne i. D.

**Langförden.**

Abnahme von Geflügel und Kaninchen am Samstag, dem 21. Dezember, von 9-4 Uhr bei Wirt Dultmeyer. Zahlte höchste Preise.

Vechta. Franz Suerdied.

**Briefpapier** in grösster Auswahl.

**Cirka 300 Kassetten** am Lager.

Besichtigung<sup>t</sup> erboten.

**Buchhandlung Koch.**

Hatte mich bestens empfohlen zur Linderung von

**Vibern.** Das **Einrahmen** wird in meiner Werkstatt prompt u. billig erledigt.

**Herm. Baro.** Vechta, Falkenrotterstr.

**Knochenmehl** empfiehlt **D. Schröder,** Vechta.

**Zigaretten** billig im engros. **Heinrich Leibler,** Damme i. O.

**Wohnung** sucht ein Schüler vom 1. Januar ab möglichst mit Verpflegung. Angebote unter E. R. 100 an die Geschäftsstelle d. Blattes.

**Zum Weihnachtsfest:**

- Briefpapier in Kassetten
- Schreibmaschinen
- Tagebücher
- Schreibzeuge
- Brieftaschen
- Postkartenalben
- Figarrentaschen
- Poesiealben
- Handtaschen
- Bilder.

**Buchhandlung Koch.**

**Gemeinde Osterburg.**

Die Ausgabe der neuen Broikarten findet am Freitag, dem 20. d. Mis., vormittags von 9-1 Uhr und nachm. von 2-5 Uhr in den Wohnungen der Rottmelster und Bezirksvorsteher statt.

Rosenbohm.

**Tunig bitten wir alle Kinderfreunde unserer lieben armen Kleinen Weihnachten nicht zu vergessen.**

St. Josefsheim, Vechta i. Oldg. am Bremerort.

**Betr. Trodnung landwirtschaftlicher Erzeugnisse.**

Die Kommunen und Kommunalverbände werden infolge der schlechten Halbbartel der diesjährigen Kartoffeln häufig über Kartoffelbestände verfügen, die der Gefahr des Verderbens ausgesetzt sind. Diese Bestände können, ebenso wie erntefreie Kartoffeln, durch rechtzeitige Trodnung für die Volksernährung gerettet werden. Die Trodnung solcher Kartoffeln wird von der Zelle genehmigt. Im Falle dringender Gefahr des Verderbens solcher Trodnungsstellen genügt telegraphische Anzeige.

Die dem Reichsernährungsamt unterstehende Zentralstelle für das Trodnungswesen ist bereit, geeignete Trodnereien nachzuweisen, Vertragsentwürfe zur Verfügung zu stellen und die Ausführung der Trodnungsaufträge zu überwachen. Für diese Vermittlung wird eine mäßige Gebühr erhoben.

Die Mitwirkung einer sachkundigen Stelle bei der Durchführung derartiger Aufträge ist mit Rücksicht auf die Vereinbarung angemessener, nicht übertriebener Trodnlohnsätze, sowie wegen der Auswahl wirklich geeigneter Betriebe empfehlenswert.

Die Vermittlung der Zentralstelle erstreckt sich in gleicher Weise auch auf die Trodnung aller andern landwirtschaftlichen Erzeugnisse. Es wird empfohlen, von dieser Einrichtung weitgehenden Gebrauch zu machen.

Zentralstelle für das Trodnungswesen-Berlin W9, Eiserer.

**Original Kriegsfilms** in ganz neuer Auswahl mit den neuesten Ereignissen vom Kriegsschauplatz.

**Taschekinoskop „Bosko“** Ein neues, wirklich interessantes und reichhaltiges Spiel mit 50 Originalaufnahmen vom Kriegsschauplatz empfiehlt

**F. Krümpelbeck, Vechta.**

**Kräftige Schuhe für Landarbeiten** mit Kalbleder und Holz-Weiß liefert gegen Nachnahme Nr. 40-42, M. 19, Nr. 43-46, M. 20-45.

**W. Groje-Krenl, Schuhwaren,** Böttrop i. W.

**Mobiliar- und Holz-Verkauf.**

Zeller Theodor Eißart in Vechten lässt am Montag, dem 23. Dezember, vormittags 9 Uhr anfangend,

2 gut erhaltene Aderwagen, 1 Aufschwinger, mehrere Pflüge und Eggen, darunter 1 dreifalrige, ganz neu, 2 Schiebharren, 2 Aufhänger, mehrere Adergeschirre, Pferdelaunen, mehrere größere Laue und Stämme, 1 Dreschmaschine mit Göpel, 1 Häckselmaschine, eine Staubbühle, 1 Heuwender (Schrotentwender), 1 Getreidemäher mit Selbstableger, beide erst zwei Jahre gebraucht, 1 Schneidemähle eine Dezimalwaage mit Gewichtskilogramm, 1 Hobelbank, mehrere Koffer und Kisten, 1 Ofen, 1 Zentrifuge, 1 Butterkern, 1 Waschkübel, mehrere gute Betten, 1 Nähmaschine, 1 Glasbrant, 1 Mische mit Glasieren, mehrere Schränke, Tische und Stühle, mehrere Töpfe und Kessel, sämtliche Porzellan und Emailgeschaffen sowie mehrere nicht genannte Sachen alsdann auf dem Hofe

25 Nummern dicke Eichen, hofend für Tischler und Wagenbauer, 30 Nummern Eichen für Leichts Bauholz und Einblein, mehrere Saufen Eichen öffentlich meistbietend mit Zahlungsfrist verkaufen. Das Holz wird nach dem Mobilienverkauf aufgesetzt. Käufer laden freimüßlich ein

**Steinfeld. J. Dorgelo.**

**Zentrums-Versammlung** für den Stimmbezirk

**Drantum, Garthe, Bühren** findet statt am Sonntag, dem 22. Dezbr. 1918, nachmittags 4 Uhr bei Zeller Meyer in Bühren.

Redner: Dominikanerpatr Laurentius.

Alle stimmberechtigten Männer, Jünglinge, Frauen und Jungfrauen, besonders unsere Soldaten, sind zur Teilnahme dringend eingeladen.

Bühren, den 18. Dezember 1918.

Grilling, Kaplan.

**Radfahrer! Achtung!**

Jedes Fahrrad wird mit neuen Felgen und Speichen, sowie prima neuer Friedensbereifung versehen für 195 Mt.

**Joh. Hinrichs,** Mechaniker, Oldenburg, Nadorsterstr. 118.

**Mitgliederversammlung** des Verbandes Oldenburgischer Industrieller am Samstag, dem 21. Dezember, vormittags 10 1/2 Uhr im Zivill Kasino zu Oldenburg.

Tagesordnung:

1. Bericht über die gegenwärtige allgemeine politische und wirtschaftliche Lage, insbesondere auch über die Lage der Demobilisierungskommission in Berlin am 18. und 19. Dezember.
2. Besprechung wichtiger industrieller Tagesfragen.
3. Erweiterung des Verbandes auf die angrenzenden Bezirke.
4. Mitteilungen der Geschäftsführung.

Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist ein Erscheinen sämtlicher Mitglieder unbedingt erforderlich. Firmen, die dem Verbande bislang nicht beigetreten sind, werden zu der Besprechung herzlich eingeladen. Wir ersuchen diese Firmen, ihre Beitrittsklärung dem Verbandsvorstand mitzuteilen.

Verband Oldenburgischer Industrieller

**Für Kaninchen und Geflügel** zahlt die höchsten Preise **Franz Suerdied.**

**Gemeinde Osterburg.**

Die Arbeiten zur Verbesserung des Vieches am Osterburger Kanal sollen als Nacharbeiten vergeben werden. Angebote sind bis zum 27. d. Mis. an das Gemeindeverwaltungsamt zu richten; hier wird auch nähere Auskunft erteilt.

Rosenbohm.

Passendes Weihnachtsgeschenk ist eine

**Singer-Nähmaschine**

Vertreter:

**Fr. Blaeser, Vechta,** Oldenburgerstraße.

**la Kabeljau, Schellfisch und Steinbutt** empfiehlt billigst **Wilhelm Schoster, Vechta.**

**Die flüssige Melasse** (Syrup) angekommen in Tankwagen. Bitte Samstag früh Käser, Rüssel usw. zum Einfüllen schicken.

Vohne i. D. **Krz. Berhauen, Vechta.**

Naturreine

**Moselweine, Rheinweine, deutsche Rotweine** empfiehlt **Vechta. B. Middelkamp.**

Freitag, 20. Dezember 1918.

Nr. 294.

Oldenburgischer Landtag. Die Stellung abtretender Minister im Freistaat Oldenburg.

Abg. T a n e n-Herring hat folgenden selbständigen Antrag gestellt: Dem Art. 51 des Zivilstaatsdieneregesetzes wie folgt zu ändern: Die hauptamtlich angestellten, ruhegehaltsberechtigten Minister, die von der Landesregierung entlassen oder auf ihr eigenes mit der versetzten Verfügung Verantwortlichkeit begründetes Ansuchen ihres Dienstes entlassen werden, haben zur Verfügung und erhalten ein Wartegeld im Betrage des Gehaltbetrages eines vortragenden Rats. Hat ein abgehender Minister das 60. Lebensjahr überschritten, so kann er seine Versetzung in den Ruhestand beantragen.

h. Sitzung, 5. Oldenburg, 18. Dezbr. 1918. Präsident Schröder eröffnet die Sitzung um 10 Uhr.

Geschäftsabschluss des Viehvermerktungsverbandes für das Jahr 1917.

Abg. Feigel bemerkt: Der Viehvermerktungsverband ist ein Kriegsprodukt, der hohe Lebensläufe erzielt hat. Aufgefallen ist die außerordentliche Höhe der ausgeführten Provisionen, die im Jahre 1917 2 170 678,27 M betragen. Es ist die Frage aufzuwerfen, ob die Provisionen nicht herabgesetzt werden könnten. Jeder lasse sich das nicht durchführen. Es müsse aber erwartet werden, daß die großen Lebensläufe in gerechter Weise verteilt werden. Redner hofft, daß diesem Wunsche entgegenzukommen. (Zusimmung.)

Abg. Schmidt-Delmenhorst redet an, die großen Lebensläufe (bisher rund 2,3 Mill. M) dazu zu verwenden, um der gering bemittelten Bevölkerung des Landes Zuschüsse für die Beschaffung von Lebensmitteln zu gewähren. Zum Beispiel könnte dadurch der Preis der Milch gemindert werden, auch für andere Lebensmittel könnte dies eintreten.

Abg. Tansen-Herring bemerkt, zu der Verteilung der Lebensläufe müsse der Landtag demnachst selbstverständlich seine Zustimmung geben. Es sei aber zu bedenken, daß der Viehvermerktungsverband Schulden in Höhe von 5-6 Mill. M habe und ein festeres Betriebskapital besitzen müsse. Der Antrag des Abg. Schmidt-Delmenhorst könne nicht entgegnet werden. Dagegen wolle man mit allen Mitteln versucht werden, daß die Preise für die Lebensmittel allgemein herabgedrückt werden. (Sehr. Aufst.)

Der Bericht des Viehvermerktungsverbandes wird durch Kenntnisnahme erledigt. — Der Vermögensübernahme im Betrage von 500 000 M für die Landesanstaltstelle stimmt der Landtag zu. — Um die durch den Kriegseinfluß entstandenen großen Haushaltslücken wieder auszufüllen, werden 50 000 M bewilligt und der Geselzentwurf betr. Wenderung der Bestands- und Aufwandsordnung für die Gendarmerie in erster Lesung angenommen.

Der nächste Gegenstand betrifft den Geselzentwurf betr. Wenderung des Geheltes betr. Unterführung der Bedienten. Der Finanzauschuß hat, wie mitgeteilt, beschlossen, daß die Unterführung bis 800 M betragen kann. Der Landtag beschließt demgemäß.

Gewährung von Kriegsteuerbeschlüssen

an auf Wartegeld gestellte oder in den Ruhestand tretende Zivilstaatsdiener usw.

Abg. Feigel unterstützt die bereits mitgeteilten Anträge des Ausschusses merm. Der Finanzauschuß erkennt die Notwendigkeit voll an, für die Abfertigung möglichst gut zu sorgen. Eine Erhöhung der Rinderzulage erhebe den Wunsch notwendig. Nach dem Vorgange bei den aktiven Zivilstaatsdienern müsse auch den ehemaligen Bedienten eine einmalige Kriegsteuerbeschlüsse gewährt werden. Die Kosten für beide Anträge werden auf 127 100 M veranschlagt.

Minister Gräpel erklärt, das Landesdirektorium könne den Anträgen zu, die dann angenommen werden.

Der Geselzentwurf betr. Vergütung von Hochvermerkteten im Fürstentum Birkenfeld wird angenommen und einige kleinere Vorlagen erledigt.

Nächste Sitzung, Donnerstag, 19. Dez., 10 Uhr. Tagesordnung: Voranschläge der Einnahmen und Ausgaben der drei Provinzen, der Eisenbahnbetriebsstelle und des Eisenbahnbauamts.

Tätigliche Notstandsarbeiten

solten, soweit irgend ausführbar, ausgeführt werden, um der mehr und mehr eintretenden Arbeitslosigkeit zu steuern.

Der Postreferendatsfonds beträgt 200 000 M, wovon für 1919 für Aufforderungen und Durchforschungen der Staatsanwaltschaften 24 000 M eingestrichen wurden. Mit diesen Arbeiten soll jedoch schon jetzt in ausgedehntem Maße begonnen werden, wozu außer den bereits vorhandenen Arbeitern noch ca. 635 mehr beschäftigt werden können. Des-

halb beantragt das Direktorium in Anlage 50, den ganzen Referendatsfonds für 1919 zur Verfügung zu stellen, und außerdem, um möglichst viel Vollzähler beschäftigen zu können, da die Haunungen bis zur Grenze der Abnahmefähigkeit vermehrt werden sollen, für die laufenden Fortbetriebmittel 100 000 M mehr zu bewilligen.

Die Staatssekkretäre haben in Aussicht genommen, die Herstellung eines zweiten Gleises in Richtung Althorn und vielleicht auch in der Richtung Zwickelhörn. Da der Grundbesitz hierfür im wesentlichen bereits früher beschafft ist, wären für die erforderlichen Ergänzungen nur wenig Vorarbeiten nötig und könnte die Beschäftigung zahlreicher Arbeitskräfte alsbald erfolgen. Ferner kommt die Herstellung von Wohnungen für Eisenbahndienstleute in Frage, für die noch an vielen Stellen Bedarf besteht. Die Veranschlagung der Kosten dieser und anderer Arbeiten ist naturgemäß nicht möglich, indessen rechnet die Regierung in Anlage 53 damit, daß ein Betrag von 1,5 Millionen M auf alle Fälle reichen würde. — Schließlich würde die Eisenbahnverwaltung auch mittelbar zur Arbeitsbeschaffung durch alsbaldige Erteilung von Aufträgen an andere Betriebe beitragen können. Hierfür kommen neben der Erledigung von rücksändigen Bauten und Anschaffungen früherer Voranschläge insbesondere Betriebsmittel in Frage, die bei hiesigen und benachbarten Fabriken bestellt werden können. Allerdings sind die Beschaffungsmöglichkeiten zurzeit außerordentlich hoch. Des muß unter den vorliegenden Verhältnissen aber in Kauf genommen werden. Zunächst ist die Bestellung von 25 leuchtenden Güternagen zum Gesamtpreis von 302 500 M in Aussicht genommen. Voraussichtlich wird diese Zahl aber, auch zur Wiederauffüllung des durch die letzten Ereignisse stark verminderten Wagenparks erheblich überschritten werden müssen, und wird es sich empfehlen, auch für die Beschaffung von Betriebsmitteln 1,5 Mill. M bereit zu stellen.

Ueber die Gestaltung der Finanzen im Freistaat Oldenburg

ist nach dem Bericht des Finanzausschusses ein klares Urteil nicht möglich. Es ist angeregt worden, eine Zusammenstellung der von den Gemeinde- und Kommunalverbänden während des Krieges eingegangenen Schulden zu beschaffen, da diese Schulden dieselben Steuerzahler belasten, welche zu den Kosten des Staates jezt und in Zukunft beizutragen müssen. Es war aber nicht möglich, bisher die Zusammenstellung zu bekommen, doch ist mit Sicherheit anzunehmen, daß die Schulden, welche von Gemeinde- und Kommunalverbänden gemacht wurden, außerordentlich hoch sind, Summen, die vom Reich kaum erfaßt werden. Die Gemeinde- und Kommunalverbände werden diese Schulden daher voraussichtlich zu ihrem weitaus größten Teil selbst zu verzinsen und abzutragen haben. Es ist auch garnicht abzusehen, in welchem Umfange das Reich die Steuerzahler der einzelnen Staaten schon im nächsten Jahre mit direkten Steuern zu den ungeheuren, heute noch garnicht überschbaren Kosten des Reiches heranziehen wird. Ebenso unübersehbar wie die Reichsfinanzen sind auch die Finanzverhältnisse Oldenburgs im nächsten Jahre.

Infolge Auseinanderlegung mit dem Großherzog (siehe unten) rechnet das Direktorium mit etwa 600 000 M Mehreinnahme in 1919. Doch reicht diese Summe längst nicht aus, das Defizit zu decken, welches durch die ungunstige Lage der Finanzen und durch sonstige Ausgaben entstehen wird. Die Lage der Finanzen ist so bedauerlich, daß im nächsten Jahre der Staat zu den Betriebskosten einen Zuschuß leisten oder Anleihen dafür aufnehmen muß. Dazu kommen Staatszuschüsse an Gemeinden usw. für Notstandsarbeiten, ferner die Zuschüsse zur Erwerbslosenfürsorge, die mit 450 000 M angenommen werden, 100 000 M Kosten der Demobilisierung — insgesamt eine Mehrausgabe von 581 000 M. Es ist deshalb nötig, den vorgezeichneten Zuschuß von 15 Proz. auf Einkommen- und Vermögenssteuer um 10 Proz., auf 25 Prozent zu erhöhen.

Die Vermögensauseinanderlegung mit dem Großherzog

ist noch nicht zum Abschluß gekommen. Als spätester Termin dafür ist jedoch der 31. März 1919 angenommen worden. Die Mehrheit des Direktoriums hat über die Auseinanderlegung folgende Ansichten:

- 1. Das gesamte ausgegliederte und vorbehaltenen Krongut wird zum Staatsvermögen erklärt.
2. Alle vom früheren Großherzog auf die aus dem Krongut fließenden Einnahmen und die in den gesetzlichen Bestimmungen übernommenen Pensionspflichten für die Hofbeamten und Angestellten werden auf den Staat übernommen.
3. Das zum vorbehaltenen Krongut gehörige Schloß, Gut in Park und Nebengebäuden wird dem früheren Großherzog als Eigentum überlassen, wenn derselbe mit der Erklärung der Gemäldegalerie und des Archivs in Oldenburg als Staatsvermögen einverstanden ist.
4. Zur Fortführung des Betriebes des Theaters und der Hofkapelle wird aus Staatsmitteln ein Zuschuß bis 100 000 M nach näherem, mit dem neuen Betriebsunternehmer, der Stadt Oldenburg, zu vereinbarenden Bedingungen gewährt. Die Zahlung erfolgt vom Tage der erfolgten Auseinanderlegung mit dem früheren Großherzog ab. Bis zu diesem Tage hat der frühere Großherzog aus den Mitteln der Subventionen die früheren Beiträge zum Theater zu leisten. Das Inventar des Theaters im Werte von 200 000 M, der Pensionsfonds von etwa 120 000 M und der Referendats-

60 000 M, also insgesamt Werte von 400 000 M, werden dem neuen Unternehmen übergeben.

Die Lage unserer Eisenbahnfinanzen.

wird durch die letzten Ereignisse in äußerst ungunstiger Weise beeinflusst werden. Der Voranschlag der Eisenbahnbetriebsstelle für 1919 wird für die tatsächliche Befolgung der Verhältnisse einen weitestgehenden Wert nicht besitzen, wenigstens was die Einnahmen betrifft, da er auf den Ergebnissen der letzten Jahre aufgebaut ist. Im kommenden Jahre werden wir uns auf einen starken Rückgang im Verkehr gefaßt machen müssen. Die Ergänzungen im Handel, Verkehr und Industrie, das Schwanden der Bedeutung unserer Industrien werden einen tiefgehenden nachteiligen Einfluß ausüben. Die Erträge aus den erhöhten Tarifen werden zum Teil dazu dienen müssen, den Ausfall im Verkehr zu ersetzen. Erfassung werden bei den Ausgaben aber nur nicht zu machen sein, es ist im Gegenteil mit einer weiteren Steigerung zu rechnen. Die Tarifserhöhungen, die wahrscheinlich in Kürze auf 35 Proz. steigen werden, dürfen eine gewisse Grenze aber nicht überschreiten, sonst würden sie die ganzen Keime der wiederwachenden Friedenswirtschaft zurückdrängen, wenn nicht erlitten. Die einmalige Teuerungszulage, die der Landtag bewilligt hat, belastet die Eisenbahn mit 3 180 000 M für die aus Eisenbahnmitteln eine Bedienung nicht vorhanden ist, da schon die laufenden Teuerungszulagen, die 1919 weitergegriffen werden, die Eisenbahn mit 5 750 000 M belasten. Die Lage ist nun so, daß mit einem Rohüberschuß von 4,4 Millionen, mit dem der Voranschlag schließt, nicht mehr gerechnet werden kann. Der Bericht glaubt der Wirklichkeit am nächsten zu kommen, wenn er annimmt, daß die tatsächlichen Verkehrseinnahmen 1919 um so viel hinter den Beträgen des Voranschlags zurückbleiben, wie die Einnahmen 1917 diejenigen von 1913 übersteigen, das sind rund 9,5 Millionen Mark. Dazu gerechnet die Minderaufwendungen gegen den Verkehr mit 1 Mill. um 2 750 000, für erhöhte Gehalte und infolge verkürzter Arbeitszeit, ergibt sich für 1919 also eine Unterbilanz von 4 250 000. Rechnet man zu diesem Fehlbetrag noch die schwebende Schuld von 3 180 000 einmalige Kriegszulage, so wären, wenn man die 1 Million Minderaufwendungen gegen den Verkehr abrechnet, 9 430 000 M aus irgend welchen Mitteln zu decken.

Das Bild unserer Eisenbahnfinanzen ist somit ein äußerst ungunstiges. Es bleibt uns nur die Hoffnung, daß das tatsächliche Ergebnis ein besseres sein möge, obwohl die Aussicht dafür verschwunden gering ist.

Aus dem oldenburgischen Münsterlande.

— Eine Weihnachtsfeier beabsichtigt man für das in Weicha liegende Regiment zu veranstalten. Die Bürger werden gebeten, den in diesen Tagen zu dem Zweck sammelnden Damen eine Gabe zu überreichen, damit den Truppen des Weihnachtsfest, das sie ja leider noch fern der Heimat erleben müssen, möglichst angenehm gemacht werden kann.

— Falsche Fünzigmarkcheine sind im Umlauf. Bei den Falschfälschern fehlt das Wasserzeichen, die Unterschriften sind unbedeutlich bzw. nicht lesbar. Im Text heißt es: zahl der Reichsbankhauptstelle Berlin, während auf den echten Scheinen steht: zahl der Reichsbankhauptstelle in Berlin. Der Druck der falschen Notizen ist fetter als jener der echten.

— Geflohen wurde am 30. Nov., kurz vor 10 Uhr Abends, dem Konviktsknecht Clemens Wener in Weicha ein an das Bahnhofsgebäude dahelst gefesselter Kanton mit folgendem Inhalt: 5 Paar junge Herrentrippe, 4 Paar graue und 1 Paar schwarze, 2 weibliche Herrentrippe, 1 wolleenes Normaltierherrenband und 3 weiche Latschmäntler, in den Ecken mit schwarzem und weitem Garn gezeichnet. Der Kanton war 60 Zentimeter lang, 30 Zentimeter breit und etwa 10-15 Zentimeter groß, auf dem Deckel stand Frau Witwe Weil, Weicha.

— Die Maßnahmen der Demobilisierung sind für den Freistaat Oldenburg mit größeren Kosten verknüpft. Für die eingefasste Demobilisierungskommission sind zur Verteilung der Ankosten vorläufig 100 000 Mk. ausgezahlt worden. Inwiefern diese Summe dem tatsächlichen Bedarf entsprechen wird, ist nicht zu sagen. Ebenso ist es mit der Erwerbslosenfürsorge, die für den Freistaat zu einem Drittel tragen muß. Für Oldenburg sind dafür vorläufig 450 000 Mk. angemeldet. Die Gemeindefinzen werden mit einem Scherfchen der Kosten belastet. Um eine gerechte Verteilung zu ermöglichen, wird, wie schon kurz mitgeteilt, für das Amt Weicha die Sache wahrscheinlich dahin geregelt, daß die unterstehungspflichtige Gemeinde ein Zwölftel und der Umkreisverband ebenfalls ein Zwölftel trägt.

— Zum Kanalprojekt Campe-Weesen erklärt die Regierung im Finanzauschuß, daß sie an dem Projekt festhalte und sich nicht durch Sonderinteressen, ob sie nun von Bremen oder Embden kommen, beirren lasse, aber unsere Finanzen sei auch die Finanznot der anderen Bundesstaaten, und es sei doch äußerst zweifelhaft, ob in Berlin jetzt etwas in dieser Sache erreicht werden könne. Früher sei der Ausbau des Kanals auf 16 Millionen geschätzt worden, heute würde doch wohl ein Betrag von 25 Millionen erforderlich sein. Von dieser Summe entfallen auf den Bremer Staat sechs Zwölftel und auf den Oldenburger Staat drei Zwölftel, während zwei Zwölftel von der Rotkränze in Koblenz bezu-

werden sollen. So wäre die Aufbringung der Kosten gebacht, aber daß letztere zu einer solchen Erklärung bereit sei, hält die Regierung für ausgeschlossen. Erst müsse die Nationalversammlung zusammentreten, damit man sehe, was aus Deutschland werde und ob wirklich an solche Fragen heranzutreten werden könne.

— Die Oldenburgische Staatsbahn hat auf Grund der Waffenstillstandsbedingungen zunächst 8 Lokomotiven, 16 Packwagen und 21 Personenwagen abtreten müssen. Die Zahl der abzutretenden Güterwagen ist noch nicht bestimmt.

— Zwei hübsche Bilder von Lange sind zurzeit im Verwelphischen Schaufenster ausgestellt. Das eine stellt das Bremerische Defest zu Solte bei Damme dar. Das zweite Terrain ist anspendend zur Darstellung gebracht. In der Mitte steht ein großer Turm und daneben ein kleinerer, während links und rechts in ägyptischer Sonnenradt dahelgen. Das zweite Motiv ist dem Gute Weiche bei Weicha entnommen. Im Hintergrunde ragen das Seminar und das zierliche Türmchen der Klosterkirche empor; zur Rechten erstreckt sich ein ausgebehnter Wald. Auch hier ist Feld und Acker in helles Sonnenlicht getaucht, während auf dem Walde leichter Nebel ruht. Die Fernsicht ist bei beiden Bildern, besonders aber bei dem letzteren, mit Meisterschaft gehandhabt, ein Vorzug, der bei fast allen Langen Gemälden zu rühmen ist. Das Publikum, das der Ausstellung Langencher Bilder stets reges Interesse entgegenbringt, wird auch diesen neuesten Gemälden große Aufmerksamkeit schenken.

— Die Wahlen zu den Gemeindeausschüssen müssen sofort vorgenommen werden, wenn es noch nicht geschehen ist, da in aller nächster Zeit der Landesauschuß zu einer Beratung zusammenzutreten muß. Auch müssen die Mitglieder des Landtagsabwählungsausschusses bestimmt werden, aus denen der Reichstagsabwählungsausschuß sich zusammensetzt.

— Das katholische Oberstudienkollegium schreibt: Da die Bekanntmachung des Ministeriums der Kirchen und Schulen vom 1. Oktober 1918, betr. Bestimmungen über die Aufnahme von Schülern in die höheren Schulen — veröffentlicht im Gesetzblatt Band 40, Nr. 39 — dem Anschein nach nicht die nötige Beachtung gefunden hat, so ist vom Oberstudienkollegium in einem Schreiben an die Schuldorstände auf die neuen Vorschriften, die mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft getreten sind, hingewiesen.

— Cobne, 18. Dez. Für Sonntag waren in die Spielhalle der Schwefelsäule zwei Zentrumsversammlungen einberufen, die jedesmal gut besucht waren. In der Frauenversammlung, welche vom Vorsitzenden des hiesigen Zentrumsabwählungsausschusses, Herrn Fabrikant Zapphorn, eröffnet wurde, sprach Herrin Frau L. E. C. H. o r g über die Wichtigkeit der konfessionellen Schule und forderte die anwesenden Damen auf, durch möglichst zahlreiche Beteiligung an der demnachstigen Wahl zur Nationalversammlung entscheidenden Protest gegen die von Berlin aus geplante Entförsichtigung der Volksschule einzulegen. Dann berichtigte Herr Kaplan Stegmann über Zusammenfassung und Befähigung des Zentrums im Krieg und Frieden und forderte zum einmütigen Anschluß an die Forderung des Zentrums auf. Für das ganze Stadgebiet wurde darauf ein Frauenausschuß gebildet, der sich entsprechend den 24 Bezirken aus 24 Frauen und Jungfrauen zusammensetzt. In der nun einsetzenden Diskussion forderte Fräulein Karoline S. mit begeistertsten Worten zum freien Festhalten an Kirche und konfessioneller Schule auf. — Analog der ersten verlief die zweite für die Männer angelegte Versammlung, die ebenfalls von Herrn Fabrikant Zapphorn eröffnet und geleitet wurde. Kaplan Stegmann lehrte einen Ueberblick über die gegenwärtige politische Lage und schloß mit einem warmen Appell an Pflicht und Gewissen, mit aller Kraft einzutreten für unsere heiligsten Güter, für Religion und Schule und die rechten Männer zu wählen. Hier auf wurde der Zentrumsabwählungsausschuß für die Stadt auf 24 Mann ergänzt zur intensiven Vorbereitung und Aufklärung für die Wahl zur Nationalversammlung. Bei der Frage nach geeigneten Kandidaten für die Nationalversammlung wurden vier oder fünf Personen in Vorschlag gebracht, über die eine energische, zum Teil sogar recht lebhaft ausgeprägte Stimmung herrschte.

— Am 11. Dez. Zu dem angekündigten Verkauf von etwa 200 Pferden seitens des Demobilisierungskommandos hatte sich eine überaus zahlreiche Menge von Käufern eingefunden, wie ein öffentlicher Verkauf diese wohl selten sah. Man hoffte, das fehlende Pferdmaterial auf billige Weise hier ergäßen zu können, und darin hatten die Kaufleute sich nicht getäuscht; denn der Preis stellte sich durchweg nur auf 300 bis 600 Mk., einige wertvollere Tiere ausgenommen. Der Verkauf nahm den ganzen Tag in Anspruch, so daß die Veräußerung von Pferdmaterial einen großen Anstich von Wagen für Herabwachen und Proviantbeschaffung auf heute festgesetzt wurde. Weil letztere, um für landwirtschaftliche Zwecke benutzt werden zu können, einer Umarbeitung bedürfen, fanden diese nur wenig Käufer. Hindernis wirkte auch auf die Kaufleute der Umstand, daß die Spurweide der meisten dieser Fahrzeuge nicht mit der hier eingeführten harmoniert.

— Goldenstedt, 18. Dez. Die Steuerrolle der Gemeinde Goldenstedt liegt bis zum 27. d. Mts. einschließlich im Geschäftszimmer des Gemeindeverwalters Reinte zu Goldenstedt zur Einlicht der beteiligten Steuerpflichtigen aus.

\* Pöheim, 16. Dez. In unserer Bauerschaft wurde am Samstag ein Bauer erf. gewöhnl. Joller Wilh. Drimann, Landwirt Wohnmann, Tagelöhner Gerb. Niehaus und Zimmermeister Osterkamp gehören demselben an. Zugleich war damit verbunden eine Abstimmung über die Regelung der Kleinbeleuchtungsmittel. Mit 70 gegen 5 Stimmen war man für eine gleichmäßige Verteilung. Da schon neue Karten für Petroleum vorhanden, wird die Verteilung hoffentlich nicht lange mehr dauern; denn mit der Verteilung unseres heutigen Bezirksbeschlusses, Zugleich kann jetzt noch wohl länger im Hause bleiben, ist uns bei den langen Winterabenden nicht bedauerlich. Wir hoffen, in unserm neuem Gebirge Bauernat tüchtige Männer zu haben, die unbetriebl. eintreten für das Wohl der Allgemeinheit.

4 Essen i. O., 18. Dez. In diesem Jahre, wo viele endlich glücklich aus dem Felde zurückgekehrt sind, sollte man auch des St. Josefshaus in s. Westfa. denken, das bei der jetzigen Ernterzeugung seine liebe Last hat, um die vielen Kleinen zu nähren und zu kleiden. Einsetzung nützlicher und brauchbarer Gegenstände, die man meist gut einbringen kann, ist sehr erwünscht. — Eine Abteilung Artillerie rückte heute morgen wieder durch unser Ort. Ansehend nimmt das Heertruppen noch kein Ende; bei dem schlechten Wetter eine harte Leistung für die Truppen. Hoffentlich sind die meisten Weihnächten zu Hause. — Die Schulan sind noch immer geschlossen, es wäre wünschenswert, daß sie Anfang Januar wieder den Unterricht eröffnen, damit die Kinder nicht zu weit zurückkommen.

8 Cloppenburg, 19. Dez. Das Amt macht darauf aufmerksam, daß die Einkommensteuer in die Kunden- und der Einkommensteuer festgesetzte vorgenommen werden muß. Es soll jedes Haushaltungsglied nach Vor- und Zunahme und Geburtsdatum eingetragen werden.

Cloppenburg, 19. Dez. Als Hausflachker für den Amtsbezirk Cloppenburg wurden zugelassen: Landwirt F. Kerben b. Cloppenburg, Landwirt Wilhelm Speker, Oewerge, Theodor Benthaus, Emfiek, Landwirt Franz Ostermann, Lafter, Pächter Widmann, Herbergen, Peter Brüper, Verbrüger und Pächter Heinrich Knud, Auen.

Cloppenburg, 19. Dez. Die am 18. d. Mts. noch nicht eingeleisten Zuckerkarten müssen spätestens bis zum 21. Dezember auf dem Amte umgetauscht werden, andernfalls ein Anspruch auf den Zucker nicht mehr besteht.

1 Cloppenburg, 18. Dez. Gestohlen in der Nacht am 7. Dezember der Ehefrau des Zellers wurde in Darrelshof ein Fahrrad, das sie hinter der Wieselshofen Wirtschaft in Cloppenburg aufgestellt hatte. — Dem Eigentümer im Cloppenburg wurden in der Nacht zum 11. Dezember allerlei Sachen gestohlen, die er beim Feiern gelehrt hat.

Cloppenburg, 17. Dez. Eine Umfrage des Amtsvorstandes bei einer Reihe von Kommunalverbänden nach den Kleinhandelspreisen für Brot, Mehl und Zucker hat ergeben, daß diese Preise hier niedriger sind, wie in anderen obdenburgischen und preussischen Kommunalverbänden. Was den Zucker betrifft, so ist derselbe hier bei einem Preise von 47 1/2 das Pfd. bis zu 5, ja sogar 8 1/2 billiger wie in anderen Kommunalverbänden. Auch das Rindfleisch wird in unserm Amtsbezirk um 10, 20, 30, 40, ja 80 1/2 (in der Stadt Nürtingen) das Pfund billiger veräußert, wie anderswo. Nur das Amt Delmenhorst und Aufzählungen stehen in dieser Beziehung mit 1.80 M. für das Pfund als Ausnahmen da.

(c) Wolbergen, 18. Dez. Zwei Gänse wurden in der Nacht zum 7. Dezember dem Kaufmann Franz Deeken gestohlen.

(f) Friesoythe, 18. Dez. Das Amtsgericht hat den Termin zur U. u. S. M. a. g. d. S. Ch. S. H. f. e. n. am 21. Dezember demitigens 11 Uhr angesetzt.

Friesoythe, 18. Dez. Für die diesjährige Hebung sind bei der Amstalt Friesoythe folgende Tage von 9-1 Uhr angesetzt: am 21. und 23. Degr. für die Gemeinde Friesoythe, am 28. Dez. für die Gemeinde Scharrel. Zur Hebung kommen Einkommen- und Vermögenssteuer und Brandtassenumlagen.

**Zur Wahlbewegung in Oldenburg.**

**U. S. M. und sozialistische Agitation.**

Mit dem Befehl der U. u. S. M. a. g. d. S. Ch. S. H. f. e. n. wird die Agitation nicht Aufgabe des U. u. S. M. a. g. d. S. Ch. S. H. f. e. n. ist, beschäftigt sich auch die „Nur. Ztg.“ in Nordbarn. Das Blatt schreibt dazu:

Nichtsdestoweniger besteht ein Beschluß der U. u. S. M. a. g. d. S. Ch. S. H. f. e. n. Oldenburg-Districtslands, sich im sozialistischen Sinne zu betätigen und bei der einseitigen Zusammenfassung der U. u. S. M. a. g. d. S. Ch. S. H. f. e. n. ist keine Hoffnung vorhanden, daß der Standpunkt Oldenburg durchdringt. Es muß deshalb mit allem Nachdruck darauf hingewiesen werden, daß öffentliche Verwaltungsberechtigten, die auf Kosten und im Interesse der Allgemeinheit arbeiten, mißbraucht werden sollen zu Werbezwecken für eine politische Partei. Das ist Unbilligkeit und Willkürherrschafft und hat mit den Grundgesetzen echter Demokratie nichts gemein.

**Aus der Residenz und dem Norden.**

**Oldenburg, 20. Dez.**

(-) Das Reserve Artillerie-Regiment Nr. 20 tritt gestern aus dem Felde hier ein. Die Musikkapelle und zahlreiche Ehrenpläne waren dem Regiment entgegen gegangen, bei dem nur Oldenburg Jungens dienen. Auf dem Marktplatz, vor dem Rathaus, nahm das Regiment unter den Klängen der Glocken Aufstellung. Stadtpfandikus Dr. Timmen begrüßte es namens der Stadt und ließ jene Worte ausklingen: „Wie hoch wir Euch verehren.“ Der Major dankte

namens des Regiments. Er hoffe, daß Ruhe und Ordnung im Lande bestehen bleibe. Sein Hoch galt der Stadt.

8 Eine Kohlenausgleichsstelle für den Bezirk des Freistaats Oldenburg ist unter dem Namen „Landes-Kohlenstelle“ im Handelsbuch am Stat. eingetragen worden. Sie soll eine möglichst gleichmäßige Verteilung mit Brennmaterial bewerkstelligen.

8 Der neue Waisen-Verein sollte gestiftet werden. Der Vorstand seine Fortsetzung und seinen Abschluß finden. Er fällt aber unter den neuesten Entwürfen, daher wurden die Jengen wieder entlassen, und das Gericht stellte in Aussicht, daß das Verfahren niedergelegt werde. Na, na!

8 Waisenscheiwe mittels Handgründen betrieblen zwei Männer, die noch nicht ermittelt sind, bei Sprump. Viele Fische trieben betäubt und tot an der Oberfläche des Wassers.

8 Der nationalliberale Reichstagsabgeordnete Dr. Stresemann wird am Freitag abend in einer öffentlichen Versammlung in der Union sprechen.

8 Die Polizeistunde für die Wirtschaften in der Stadtgemeinde ist bis Weihnachten bis 12 Uhr nachts verlängert worden.

h. Der frühere Großherzog wird nach den jetzigen Dispositionen während des Winters hier in Oldenburg verbleiben, im kommenden Frühjahr aber nach Kosen in Posen ziehen, um dieses Ort in Zukunft selbst zu bewirtschaften. Flügeladjutant v. Jordan, Kammerherr v. Toll sowie ein kleiner Teil der Dienerschaft werden ihn dort begleiten. Die Hofhaltung der Großherzogin wird ebenfalls erheblich eingeschränkt werden. Oberkammerherr v. Wolferscheidet aus dem Dienst des Großherzogs aus und wird sich auf sein Gut zurückziehen. Auch Amtsassistent v. Wisting denkt im Frühjahr nächsten Jahres aus dem Dienst auszuweichen, um die Verwaltung seines großen Gutes zu übernehmen. Durch den Fortgang des Großherzoglichen Hofes sowie der Hofbeamten und ferner durch die in Aussicht stehende Verminderung des hiesigen Militärs wird unsere Stadt sehr an Bedeutung verlieren. Die Geschäfte werden erhebliche Mindererhalten haben, die Steuerkraft wird erheblich sinken und die Einnahmehöhe sich vermindern. Unsere Stadt wird dadurch in die Stellung eines mittleren Landstädtchens zurückgedrängt und an Bedeutung hinter Nürtingen und Delmenhorst treten. Mit dieser Veränderung wird hier auch bereits gerechnet.

(-) Der Verband des Kaufgewerbetreibenden ist durch die neue Entwicklung der Dinge in Frage gestellt. Jedenfalls ist vorläufig an einen Bau nicht zu denken. Man beachtlich, von den in Oldenburg freizwerbenden Schifffahrern eines als Aufstrebende einzutreten. Es sollen Geschäfte, die man nennt die Herren Professor Schäfer-Lübke und Professor Brandt-Kiel — zur Prüfung herangezogen werden, welche Gebäude sich zu einem Museum einrichten lassen.

(-) Zwiebelverteilung. Der Magistrat teilt mit, daß jetzt in nächster Zeit auf die Warenkarten aus dem Grunde etwas größere Mengen Zwiebeln verteilt werden, damit die Haushaltungen sich mit Zwiebeln für den Winter versehen können. Die Stadt wird ihren Bestand an Zwiebeln möglichst bald an die Haushaltungen ausgeben, erwartet jedoch, daß diese die Zwiebeln gut lagern und sparsam verbrauchen, damit die ausgegebenen Zwiebeln möglichst für die Wintermonate reichen.

(-) Vorstand der katholischen Kirche. Zur Wahl von den Mitgliedern des hiesigen katholischen Kirchenausschusses, von denen wenigstens drei Grundbesitzer im Sinne des Art. 11 § 1 der revidierten Gemeindeordnung sein müssen, wird Termin auf Montag, dem 30. Dezember 1918, im Vorzimmer des Rathsausschusses, Zimmer 17, angesetzt. Die Stimmzettel können daselbst vormittags von 10-12 Uhr abgegeben werden. Um 12 1/2 Uhr wird mit der Sitzung der Stimmzettel begonnen werden. Es folgt am 1. Januar 1919 aus die Herren: Gönsvorn, Inspektor H. Witter, Städtemeister August Huber, Schriftföher Joh. Wehne, Tapeziermeister Fildner. Es bleiben im Amte die Herren: Photograph G. Kahlmeyer, Faktor Aug. Wellbrock, Geh. Oberregierungsrat Dämmann, Mag.-Arbeiter Chr. Braun. Stimmberechtigt und wählbar ist jeder in der Kirchengemeinde wohnende selbstständige männliche Staatsbürger katholischer Konfession, welcher das 24. Lebensjahr vollendet hat und entweder mit einem Hause oder Grundstücke zu Eigentum, erblichem Nutzungs- oder Nießbrauchsrecht in der Kirchengemeinde angehörler ist oder sonst zu den Kosten der letzteren beigetragen hat. Die Liste der wahlberechtigten oder wählbaren Personen liegt vom 18. bis 29. d. M. in der Rathsausschule, Zimmer Nr. 22 zur öffentlichen Einsicht aus.

8 Wieselshufen, 17. Dez. Ueber eine zahlreich besuchte Zentrumerversammlung, die am Sonntag im Stegemannschen Saale stattfand, erhalten wir folgenden Bericht: Nach einer Ansprache des Vorstehenden, der kurz auf die letzten Ereignisse einging und die Wichtigkeit der kommenden Wahl darlegte, erhielt Herr Lehrer Hopng-Lohne das Wort. In klarer überzeugender Weise legte er dar, was in Bezug auf die christliche Schule für uns auf dem Spiele steht. Der Gedankengang des Vortrages war kurz folgender: Der Staat hat ein Recht auf die Erziehung und Heranbildung seiner Mitglieder im Staate als Lebensgemeinschaft. Einzelne Parteien wollen ihm das alleinige Recht zusprechen, doch noch zwei andere Lebensgemeinschaften haben ein Recht auf die Erziehung, sie sind gleich dem Staate darin autonom, nämlich Familie und Kirche. Das Recht der Familie kommt zum Ausdruck in der Verantwortung der Familie auf Erziehung und Beruf des Kindes und in dem Rechte auf Privatunterricht. Die Familie kann und muß die Erziehung des Kindes bestimmen. Die christlichen Eltern müssen die christliche Erziehung verlangen, es ist ihre Pflicht vor Gott und ihrem Gewissen. Und diese rechte christliche Erziehung erhält das Kind nur in der konfessionellen Schule.

Nicht nur der Religionsunterricht muß konfessionell sein, sondern der ganze Unterricht muß von diesem Geiste erfüllt sein. Auch den Beruf, des Kindes müssen die Eltern bestimmen: doch nicht in bestimmtem Alter. Aus diesen Eltern-rechten folgt das Recht auf Privatunterricht, auf die wir nicht verzichten können, weil dadurch häufig nur die konfessionelle Erziehung möglich ist. Als dritte Lebensgemeinschaft hat die Kirche ein Recht auf die Erziehung des Kindes. Sie hat auch die Pflicht, die konfessionelle Schule zu sichern, sie muß vor allem verlangen, daß schon das Kind konfessionell unterrichtet wird. Das Recht der Familie wie der Kirche wird von der Sozialdemokratie willkürlich den Liberalen teilweise verweigert. Diesen Parteien können wir also nicht antworten, sondern von christlichen Standpunkte aus nur der Zentrumspartei, die uns in dieser Hinsicht allein sichere Bürgschaft gibt. Rechner ging dann an Hand der Leitsätze auf die Zentrumserfordernisse in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht ein. Auch hier können wir dem Zentrum voll vertrauen. Die Darlegungen ernteten den reichsten Beifall. Herr Stegemann ermahnte noch zur Einigkeit und forderte alle zu eifriger Mitarbeit auf. Der Gemeindevorstand der Zentrumspartei wurde dann durch Zuwahlen erweitert.

8 Delmenhorst, 18. Dez. Der Bahnbau Delmenhorst - Lemwerder konnte bisher nicht in Angriff genommen werden, weil die beteiligten Gemeinden nicht bereit waren, den Grund und Boden, sowie 10 Prozent der Baukosten herzugeben. Die Eisenbahnverwaltung ist jedoch sehr an dem Gelände herangekommen, um jedoch jetzt eine Einigung herbeizuföhren. Jedenfalls würde die Realisierung des Bau der Bahn unter den jetzigen Verhältnissen nicht mehr vorgeschlagen haben, doch ist sie vom Landtag bereits vor dem Kriege bewilligt. Wird sie jedoch gebaut, so ist auch eine event. Weiterführung nach Verne nicht ausgeschlossen.

8 Delmenhorst, 18. Dez. Am 17. Dezember abends fand im Hotel zur Post eine Beamteneversammlung statt. Es waren Beamtene aus allen Kreisen anwesend. Herr Albers-Oldenburg, der Vorsitzende des Bundes der Festbesoldeten, legte einem interessanten Vortrage die Punkte zu Grunde: Beamtenlohn, Beamtenrecht und Beamtenwirtschaft (Konsumverein usw.). Der Bund der Festbesoldeten hört als solcher auf. In ihm fehlten bis jetzt ganze Beamtengruppen (Postbeamten z. B.). Es wurde jetzt vor kurzem in Oldenburg ein Verband der Beamten, Lehrer und Staatsarbeiter des Freistaats Oldenburg gegründet. Hier wurde diesem Verband gestern abend die Delmenhorster Ortsgruppe für sämtliche Reichs-, Staats- und Kommunalbeamte einmündl. Lehrer und Staatsarbeiter in Stadt und Amt angeschlossen. Der jährliche Beitrag soll vorläufig 2 Mk. betragen. Die Herren Helms, Kühn, Skeremann, Stiefel, Behnkamp und Holm waren noch Fragen auf, die aus der Versammlung beantwortet wurden. Oberlehrer Kludshohn ist zum Vorsitzenden gewählt worden. Unter den Anwesenden befanden sich erfreulicherweise auch zahlreiche Damen, Beamtinnen.

8 Delmenhorst, 18. Dez. Zu der sozialdemokratischen Versammlung am Montag in den Ebniegallen schreibt man uns: Wohl in keiner politischen Versammlung, die so zahlreich in der letzten Zeit auch hier abgehalten wurden, zeigte sich mehr Disziplinlosigkeit, ja Abscheu bei den Zuhörern, wie in dieser Versammlung. Durch persönliche Angriffe wurde den beiden Zentrumsrednern das Wort wiederholt abgegriffen. Der Schmiedemeister Radschke, Hoffmann und der Tischlermeister Fußmann, H. Glöckh schnitten nämlich die Frage an, die von den sozialdemokratischen Rednern wohlweislich umgangen wurde, und hielten nachdrücklich: Die Zentrumspartei, die christlich organisierte Arbeiterhöfe läßt ihren Kindern den Religionsunterricht nicht nehmen. Viele Arbeiter, namentlich Frauen aus den Zuhörerkräften bekräftigten diese Forderung. Der Beifall mußte aber von einigen Sozialdemokraten, deren Ruf sich denn die breite Masse größtenteils aus Unwissenheit erschloß, schleunig niedergeschrien werden. Es wäre jedenfalls erhellend, den Volksgenossen auch gleich klarzumachen, wie sie später in religiösen Dingen gefehlt werden, daß diejenigen niedersprechenden, die dem Volke klaren Wein einschenken.

**Landesliste und Jeverland.**

= Verel, 18. Dez. Mit dem Neubaudes Lehrerseminars wird nicht begonnen werden. Der Finanzansatz hat die dafür angelegte Summe von reichlich 500 000 Mk. getrichen, einmal, weil unter den jetzigen Verhältnissen der Neubau nicht möglich sei und andererseits, weil man nicht wisse, ob die Grenzen Oldenburgs bis allen bleiben und vielleicht in einem anderen Orte ein Staatsgebäude frei würde für die Zwecke des Seminars.

8 Verel, 18. Dez. Ein Sicherheitsdienft ist auf Anordnung von Wilhelmshaven hier eingerichtet worden, durch den der Stadt ein Aufwand von täglich 150-200 Mk. entfällt. Man rechnet deshalb, falls dieser Sicherheitsdienft länger bestehen soll, mit einer Erhöhung der städtischen Steuern.

8 Wilhelmshaven, 18. Dez. Für den Umbau des Wohnhofs in Wilhelmshaven ist der Grundbesitzer erlöhnt worden, doch wird mit dem Bau vorläufig nicht begonnen werden, einmal weil sehr wenig Hoffendarrheiten möglich sind und zweitens, weil wegen der vollkommen unsicheren Zukunft von Fringen und Wilhelmshaven Vorarbeiten verboten ist.

8 Wilhelmshaven, 19. Dez. Die Zentrumspartei (christliche Volkspartei) hat hier am Orte ein ständiges Zentralkomitee eröffnet. Kiel, Nr. 61. Das Büro ist den ganzen Tag geöffnet. Alle die Partei betreffenden Zuschriften und Gen-

dungen sind an dasselbe zu richten. Ein Mitglied des Vorstandes ist Weingarten von 5-6 und Sonntag von 12-1 im Büro anwesend.

8 Wilhelmshaven, 18. Dez. Ruhn wäre bald Präsident der Reichskonferenz der U. u. S. M. a. g. d. S. Ch. S. H. f. e. n. in Berlin nämlich dort, den Nationalen Ruhn, den Präsidenten der Oldenburgischen Republik zu wählen (Heiterkeit). Wir haben in Oldenburg eine Republik begründet, (Zuruf: Aber was für eine!) und Ruhn führt die Geschäfte der neuen Republik. (Zuruf: Aber viel). Diesmal ist also nichts daraus geworden.

**Zeichen der Zeit.**

Aus den Jahreshätten wird uns geschrieben: Bis vor kurzem erschien hier am Norddeutsches Volksblatt. Die Zeitung nahm unter den hiesigen Lokalzeitungen eine geachtete Stellung ein und wurde wegen ihrer ruhigen, besonnenen Haltung und in Bürgerkreisen vielfach gelesen. Man ging wohl nicht fehl, wenn man diese wertvolle, vernünftige Haltung, die das Blatt im allgemeinen auszeichnete, — natürlich abgesehen von dem prinzipiellen sozialdemokratischen Standpunkt und gelegentlichen Vorwürfen gegen die Rechte und das Zentrum, — in Zusammenhang brachte mit der Person des Verlegers Paul Hag. Da kam die Revolution. Darob zunächst große Mangelhaftigkeit in der Redaktionsstube des V. V. Sollte man die bisherige Richtung, die sonst im Hinblick gerade unter den Kleinbürgern und Werkarbeitern geföhrt hatte, beibehalten, oder sollte man eine schärfere Tonalität annehmen, das war jetzt die Frage. Man entschied sich unter dem Druck der Zeitumstände für letzteres, und so konnte man hier das Schauspiel erleben, daß das Organ der Partei, die, wie in einer der letzten Nummern des Blattes zu lesen war, „als die einzige ihr altes, ehrliches Firmenschild nicht zu ändern brauchte“, eine stehende Forderung mit sich selbst vornahm. Hiermit noch nicht genug, änderte das „gute alte“ Norddeutsche Volksblatt auch noch schleunigst sein Firmenschild und nennt sich seit der Zeit „Republik“.

Mit dem Namen änderte das Blatt seinen Charakter und seine Haltung von Grund aus. Hatte es früher versucht, die grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten den Dingen ihre Schärfe zu nehmen und Gegenstände etwa wenigstens abzuschleifen, so trat jetzt das Gegenteil ein. Immer mehr kritisierte es jetzt in die Erscheinung, daß die Republik Gegenstände geradezu aufwühlte und ausbeutete. Im Vordergrund des gesamten Interesses steht ihr der Kampf gegen das Bürgerium, und zwar nicht nur gegen den wohlhabenden Teil des Bürgeriums, sondern gegen das Bürgerium als solches, und ich bin mir immer noch nicht klar darüber geworden, ob man in der Redaktion der Republik auch sogar die wirtschaftliche und soziale Bedeutung eines gefundenen Mittelstandes nicht kennt oder nicht kennen will. Statt einmal auf den Kern der Sache einzugehen und die Bedeutung des Bürgeriums neben der Bedeutung des Arbeitertums ruhig abzuwägen und die Möglichkeit einer Annäherung und Verständigung beider Gruppen zu untersuchen, verlor sich die Republik immer mehr in ein ddes Geschwämme und in Heftigkeit an das Bürgerium. Man mag ja vielleicht in der Leitung der Republik die Ansicht vertreten, daß die Gegenstände zwischen Bürgerium und Arbeitertum unüberwindbar sind, dann kann aber doch wenigstens der Kampf in Formen geföhrt werden, die im Verkehr geübter Menschen sählich sind. Was hat aber die Republik seit der Revolution in ihren Leitartikeln leistet, das überflüssig alles Maß. Fast keine Nummer der genannten Zeitung erhebt in letzter Zeit die nicht die schmerzlichen Beilegungen gegen das Bürgerium richtete. Die Empörung ist deshalb auch in weiten Kreisen der Bürgerschaft groß und berechtigt.

Ein Schönbeispiel für die Haltung der Zeitung bietet ihre Stellungnahme zu der beachtlichen Reichstagsänderung durch Fehrenbach in Nr. 294. Die eventl. Einberufung des Reichstages ist ein Problem, bei dem das hier und Wider wohl erorden sein will. Aber hier auf geht die Republik nicht ein. Unter dem Motto:

Die Plempe zieht er von dem Leder, fällt auf den Hut die Fahnenfeder und über's Ganze zieht er sein

das Feiern-Mantelchen

schreibt sie u. a.: Fehrenbach handelt gegen den ausdrücklichen Willen der Regierung (?) und der Mehrheit des deutschen Volkes. (!) Aber sehr zur Zufriedenheit aller mehr oder minder ausgesprochenen Freiheits- und Volkseinde. (!) Die Antwort der Volksbeauftragten sagt auch mit voller Klarheit, daß man für die Kinderien (!) des Herrn Fehrenbach zurecht wenig Verständnis besitzt. Die Gesellschaft, die ihre heiligsten Besitztümer, Profiteure, Volkseinde und Soldatenrechte gefährdet, ja abzuschleift, möchte noch reifen, was zu reifen ist. Also, es sind sehr reale, reaktionäre Wünsche, die hinter dem Mantel der Volksinteressen verborgen sind, mit dem sich Herr Fehrenbach und seine Genie in alterprober, jesuitischer Schaulusterschick drapieren“ usw.

Es widersteht mir, näher auf eine derartig einseitige und selbstbewußte Darstellung einzugehen. Eine Zeitung, die in heutiger Zeit, wo jede Kraft zum Wiederaufbau unseres Vaterlandes nötig ist, nichts Besseres zu tun weiß, als das Volk aufzuzehnen, gehört in keine bürgerliche Familie. Auf die Sache selbst einzugehen, kann ich mir wohl eripieren, und ich möchte schließen mit dem Worte Friedrichs des Großen: „Niedriger bängen!“

Verantwortlicher Schriftföher: G. Thole, Rechts-Druck und Verlag: Wehner Druckerei und Verlag, G. m. b. H. (A. Sommerfeld, Verleger), Redig.